

**1. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Donnerstag, 22. Januar 2009  
im Tell-Saal, Ostermundigen**

**Beginn: 18.00 Uhr**

**Schluss: 20.30 Uhr**

---

<b>Vorsitz:</b>	Bruno Schröter	(EVP)	1
<b>Stimmzähler:</b>	Roger Schär	(parteilos)	1
	Roland Rüfli	(FORUM)	1
<b>Anwesend:</b>	Jacques Biner, Hans-Rudolf Burkhalter, Aziz Dogan, Sarah Gabi Schönenberger, Bruno Hirt, Rudolf Kehrli, Rudolf Mahler, Colette Nova, Norbert Riesen, Jürg-Sven Scheidegger, René Thommen, Christian Zeyer	(SP, Grüne, Gewerkschaften)	12
	Barbara Ambühl, Erich Blaser, Marion Buchser, Hans-Rudolf Hausammann, Ernst Hirsiger, Lucia Müller, Markus Truog, Beat Weber, Thomas Wegmüller, Gerhard Zaugg	(SVP)	10
	Marco Blindenbacher, Walter Bruderer, Alessandra Mantarro, Madeleine Schenk	(FORUM)	4
	Renate Bolliger, Peter Wagner	(EVP)	2
	Heinz Gfeller, Mirjam Rettore, Michael Werner	(FDP)	3
	Eduard Rippstein, Monika Weibel	(CVP)	<u>2</u>
			<b><u>36</u></b>

**Vertreter des Gemeinderates:** Gemeindepräsident Christian Zahler, Synes Ernst, Egon Julmi, Ursula Lüthy, Ursula Norton, Alike Maria Panayides, Urs Rüedi, Regula Unteregger

Gemeindeschreiberin Marianne Meyer

**Entschuldigt: Mitglieder des Grossen Gemeinderates**  
Philippe Gerber, Liliane Schärer, Rahel Wagner, Peter Wegmann

**Mitglied des Gemeinderates**  
Thomas Iten

**Protokoll:** Jürg Kumli, Gemeindeschreiber Stv.

## G E S C H Ä F T E

1	10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)		
	<b>Wahl des Büros des Grossen Gemeinderates (GGR) für das Jahr 2009</b>		<b>6</b>
2	10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)		
	<b>Wahl der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des GGR für das Jahr 2009</b>		<b>9</b>
3	10.600 Allgemeines		
	<b>Wahl der Mitglieder der ständigen Kommissionen für die Amtsdauer von 1.1.2009 bis 31.12.2012</b>		<b>10</b>
4	10.372 Motionen		
22.111	Steueranlagen		
	<b>Motion der SVP-Fraktion betreffend der Ausarbeitung von zusätzlichen Entscheidungsgrundlagen für das Parlament zur Prüfung der Auswirkungen einer Steuersenkung auf das Niveau der Stadt Bern; Begründung</b>		<b>13</b>
5	10.372 Motionen		
50.300	Allgemeines		
	<b>Motion der EVP-Fraktion betreffend mehr Standorte für Wahlplakate; Begründung</b>		<b>18</b>
6	10.372 Motionen		
40.118	Radwegnetz, Allgemeines		
	<b>Motion der SP-Fraktion betreffend freie Fahrt für den Veloverkehr; Begründung</b>		<b>21</b>
7	10.373 Postulate		
10.1405	Verein Region Bern (VRB)		
	<b>Postulat der SVP-Fraktion betreffend Entscheidungsfristen im VRB; Begründung</b>		<b>29</b>
8	10.374 Interpellationen		
10.1806	Information Bürgerschaft (diverse Publikationen, Bekanntmachungen)		
10.2340	Internet / früher 10.1115*		
	<b>Interpellation der EVP-Fraktion betreffend Informationen auf der Webseite der Gemeinde Ostermundigen; Begründung und Beantwortung</b>		<b>35</b>
9	10.928 Verwaltungsorganisation/Organisationsstrukturen		
	<b>Behörden- und Verwaltungsreform (Behörden- und Verwaltungsreform): Teilprojekt 1 „Politik“; Orientierung über den Stand des Geschäftes</b>		<b>39</b>
10	10.442 Liegenschafts- und Landbeschaffung (Erwerb von Miete/Pacht)		
30.410	Verwaltungszentrum		
	<b>Verwaltungszentrum: Ergebnis des Architekturwettbewerbs - Orientierung des Gemeinderates</b>		<b>41</b>
11	10.372 Motionen		
10.2262	Richtplanung "ESP Bahnhof Ostermundigen"		
	<b>Motion der FDP-Fraktion betreffend ESP Bahnhof Ostermundigen, bearbeiten der Entwicklungsblockaden; parlamentarischer Neueingang</b>		<b>42</b>

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Januar 2009

---

### ***Begrüssung und Eröffnung durch den Gemeindepräsidenten; Eröffnung der Legislatur 2009 bis 2012***

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Geschätzte Mitglieder des Grossen Gemeinderates, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Medien, sehr verehrte Gäste - ich darf Sie hier zur Eröffnung der 10. Legislatur ganz herzlich begrüessen. Vorab möchte ich den Musikkantinnen und Musikanten der Musikschule Unteres Worblental ganz herzlich für Ihre Darbietungen danken. Die harmonischen, wohlklingende Klänge sind ein gutes Omen für die kommenden politischen Debatten!

Als ich vor vier Jahren die Legislatur eröffnen konnte, habe ich die Legislatur 2000 - 2004 als „Phase der Planung“ und die Legislatur 2005 - 2008 als „Phase der Umsetzung“ bezeichnet. Diese Aussage war richtig: Die Bautätigkeit hat markant eingesetzt: im Wohnungsbau, im Möbli mit Gewerbe und Industriebauten, im Bereich Wasser und Abwasser. Voran getrieben haben wir auch etliche soziale Projekte wie die „Tagesschule“ oder das Projekt „ZIO“.

Wir alle wissen, es bleibt ein Wermutstropfen bei der Umsetzung all dieser Projekte und das ist der, dass das Wachstum noch nicht wirklich eingesetzt hat. Wenn wir genauer hinschauen, stimmt diese Aussage nicht ganz: Im letzten Jahr hatten wir ein Bevölkerungswachstum von 1 %. Das ist erfreulich, aber noch nicht atemberaubend.

Bekanntlich soll man nichts verschreien, aber ich erlaube mir trotzdem, die Legislatur 2009 - 2012 als „Phase des Wachstums“ zu bezeichnen. Für diese Prognose gibt es handfeste Gründe, z. B. die Eröffnung der Seniorenresidenz Anfang März mit über 80 Wohnungen. Weiter sind zur Zeit rund 200 Wohnungen im Bau - sie werden in diesem Jahr bezogen. Betreffend „Überbauung Hättenberg“ haben uns die Grundeigentümer zugesichert, dass die Baustelle im Frühjahr eröffnet wird. Bei weiteren Entwicklungsgebieten wie Oberfeld und Küntigrube laufen die Verhandlungen zwischen Grundeigentümern und Investoren.

Mir ist bewusst, dass das Wachstum, das jetzt spürbar wird, auch Ängste auslösen kann. Teile von Ostermündigen, wie z. B. der Raum Oberfeld, werden einen neuen Charakter erhalten und das kann verunsichern. Ähnliche Mechanismen sehe ich beim Projekt für das Tram: Auf der sachlichen Ebene gibt es kaum Gegenargumente. Der Bus hat heute die Kapazitätsgrenze erreicht, es gibt keine attraktive Linienführung für einen zweiten Bus. Das Tram verfügt klar über eine höhere Kapazität.

Das Tram hat aber auch einen hohen symbolischen Gehalt: Es ist ein städtisches Verkehrsmittel, gefühlsmässig wird die Verbindung zwischen Ostermündigen und der Stadt Bern enger. Das Tram stellt einen weiteren Schritt auf dem Weg vom Dorf zur städtischen Gemeinde dar. Ich weiss, dass es noch etliche kritische Stimmen gegen das Tram gibt - sie haben jeweils einen starken Bezug zur emotionalen Ebene.

Aus meiner persönlichen Sicht haben wir auf dem Weg vom Dorf zur städtischen Gemeinde schon manchen Schritt zurück gelegt und wir können das Rad der Zeit nicht zurück drehen, selbst wenn wir das wollten.

Die Qualitäten, die Ostermundigen zu bieten hat, sind städtische Qualitäten:

- Wir haben zwar dicht bebaute, aber ruhige Wohnlagen.
- Wir bieten zu Fuss erreichbare Einkaufsmöglichkeiten.
- Wir bieten eine gute Erschliessung mit dem ÖV.
- Wir sind eine velofreundliche Gemeinde.
- Wer will, kann problemlos auf das Auto verzichten.

Die gute Erreichbarkeit der Naherholungsgebiete gibt Ostermundigen keinen dörflichen Charakter, sie ist vielmehr eine willkommene Ergänzung der städtischen Qualitäten.

Eine Realität sind auch die gut erreichbaren Sport- und Kulturstätten wie das Stade de Suisse, das Ausstellungsgelände (BEA etc.), das Eisstadion und das Zentrum Paul Klee. Sie haben eine nationale oder sogar internationale Ausstrahlung, und weil sie nur knapp ausserhalb des Gemeindegebietes liegen, sind auch sie ein positiver Faktor für das Leben in Ostermundigen.

Aus meiner Sicht macht es keinen Sinn, sich auf der einen Seite dafür einzusetzen, dass die Gemeinde sich entwickelt, und sich auf der andern Seite dagegen zu wehren, dass der Charakter von Ostermundigen immer wie städtischer wird. Es wäre fatal, wenn wir den Mut verlieren, wenn wir vor dem sich abzeichnenden Erfolg bei der Gemeindeentwicklung erschrecken würden. Wir würden uns selber im Weg stehen und damit wäre niemandem gedient. Ostermundigen hat städtische Qualitäten. Ostermundigen ist attraktiv für Leute, die städtische Qualitäten schätzen, und das ist gut so.

Liebe Mitglieder des Grossen Gemeinderats, ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Bereitschaft, sich im Interesse der Gemeinde und für die Gemeindeentwicklung einzusetzen. Unabhängig davon, wie rasch die Entwicklung voranschreiten und in welchem Mass sich der Charakter unserer Gemeinde verändern wird - es bleibt auf jeden Fall ein grosser Spielraum, und diesen können und müssen wir gemeinsam ausloten. Ich freue mich auf Ihre Ideen, auf unsere Diskussionen und auf das, was wir damit bewirken können.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch unserer Gemeindeschreiberin und unserem Ratssekretär bestens danken. Sie begleiten den Ratsbetrieb seit langer Zeit, kennen ihn mittlerweile wie den eigenen Hosensack und stehen uns allen mit Rat und Tat zur Seite. Wenn bei Ihnen eine Frage auftaucht, dann werden Sie durch die beiden gut beraten.

Danken möchte ich auch den Vertreterinnen und Vertretern der Medien. Eine sachlich-kritische Berichterstattung liegt sowohl im Interesse der Leserschaft als auch der Parteien und Behörden. Ich schätze die angenehme Zusammenarbeit, auf die ich in den letzten Jahren stets zählen konnte, und deshalb freue ich mich nicht nur auf Ideen und Diskussionen, sondern auch auf die darauf folgenden Medienberichte.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Januar 2009

---

Und wenn ich jetzt schon mehrmals auf kommende Diskussionen hingewiesen habe, wird es jetzt Zeit, die Sitzung und die Legislatur tatsächlich zu eröffnen.

-----

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Es sind **36** Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

***Bezeichnung von 2 provisorischen Stimmzählenden***

Als provisorische Stimmzähler werden vom Gemeindepräsidenten bezeichnet:

**Roland Rüfli (FORUM)**

**Roger Schär (parteilos)**

1 10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

## **Wahl des Büros des Grossen Gemeinderates (GGR) für das Jahr 2009**

### ***Präsident***

Als Präsident des GGR für das Jahr 2009 wird auf Vorschlag der EVP-Fraktion einstimmig gewählt:

**Bruno Schröter (EVP)**

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Ich gratuliere Bruno Schröter herzlich zu dieser souveränen Wahl und wünsche ihm eine erfolgreiche Sitzungsleitung. Ich übergebe ihm hiermit das Präsidium.

**Ratspräsident:** Besten Dank für die ehrenvolle Wahl. Vor vier Jahren habe ich nicht erwartet, dass ich nochmals hier oben auf dem Podest Platz nehmen darf. Vor zwei Jahren fanden hier im Ratssaal heftige Diskussionen über das Anspruchsrecht der kleinen Parteien statt. In der Zwischenzeit fanden die Kommunalwahlen statt und die Karten wurden neu gemischt.

Ich hoffe, auch in diesem Jahr die an mich gestellten Anforderungen zu aller Zufriedenheit erfüllen zu können. Eines möchte ich schon heute versprechen: Ein drittes Präsidialjahr werde ich nicht anstreben.

Mein Ziel ist es, Ostermundigen als eine neue Art „Wohlfühloase in der Region“ aufstehen zu lassen; ob mit oder ohne Tram wird sich zeigen. Das Tram stellt eine grosse Herausforderung an die Behörden und die Parlamentsmitglieder dar.

An dieser Stelle möchte ich mich beim Gemeindepräsidenten, Christian Zahler, dem Ratsbüro, der Gemeindeschreiberin, Marianne Meyer, und dem Ratssekretär, Jürg Kumli, bestens bedanken. Ich hoffe auch in diesem Jahr auf die wertvolle Unterstützung.

Die Mitglieder des Grossen Gemeinderates möchte ich anhalten, die Diskussionen sachlich und fair zu führen. Die Voten und Standpunkte sind möglichst klar, einfach und vor allem kurz zu halten. Ansonsten müsste ich, wie mein Vorgänger, eine „Reizeitbeschränkung“ einführen.

Ich hoffe ebenfalls, dass die Fraktionsvorsitzenden die neuen Ratsmitglieder gut instruiert haben, damit interessante und effektive Vorstösse eingereicht werden, welche zur Entwicklung von Ostermundigen beitragen helfen.

Es ist für mich und meine Partei eine grosse Ehre, den GGR innert vier Jahren bereits zum zweiten Mal präsidieren zu dürfen. Ich danke für das mir ausgesprochene Vertrauen und nehme die Wahl zum Ratspräsidenten gerne an. Ich wünsche allen Parlamentsmitgliedern in der neuen Legislaturperiode viel Erfolg.

### **Mitteilungen des Ratspräsidenten**

- Sofern es die Traktanden zulassen, werden die Sitzungen immer um 18.00 Uhr gestartet.
- Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
  - ① Adressliste sämtlicher GGR-Mitglieder
  - ① Adressliste der Partei-, Fraktions- und Vizepräsidenten/innen
  - ① **Sämtliche Mutationen sind dem Ratssekretär schriftlich mitzuteilen!**
  - ① Broschüre „Neue Tramlinien für die Region Bern“ der kantonalen BVE.
- Im Verlaufe der Sitzung wird ein detaillierter Sitzplan aufgenommen. Innerhalb der Parteiblocks können die Ratsmitglieder ihre Sitze frei wählen. Der gewählte Sitzplan gilt jedoch für die nächsten vier Jahre.
- Im Anschluss an die heutige Sitzung möchte ich alle Anwesenden zu einem „Einstandsimbiss“ in die Brasserie TELL einladen.
- Die nächste ordentliche Sitzung findet am **12. März 2009** statt. Zusammen mit den Sitzungsunterlagen wird die Einladung für den diesjährigen Ratsausflug verschickt. Ich möchte Sie bitten, die Anmeldung bis zur nächsten Sitzung vorzunehmen. Ich hoffe auf eine grosse Anzahl an Teilnehmende. Uns steht neuerdings wieder ein Ausflugskredit zur Verfügung.

### **Traktandenliste**

Die Traktandenliste wird mit folgenden Geschäften ergänzt:

- Nr. 12: Verwaltungszentrum: Ergebnis des Architekturwettbewerbs - Orientierung des Gemeinderates
- Nr. 13: Motion der FDP-Fraktion betreffend ESP Bahnhof Ostermundigen, bearbeiten der Entwicklungsblockaden; parlamentarischer Neueingang

Stillschweigend fasst der Grosse Gemeinderat den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Traktandenliste wird unter Berücksichtigung der vorerwähnten Ergänzungen genehmigt.

-----

**1. Vizepräsidentin**

Als 1. Vizepräsidentin des GGR wird auf Vorschlag der SVP-Fraktion einstimmig gewählt:

**Lucia Müller (SVP)**

**2. Vizepräsidenten**

Als 2. Vizepräsidenten des GGR wird auf Vorschlag der SP-Fraktion einstimmig gewählt:

**Norbert Riesen (SP)**

**Zwei Stimmzählende**

Als Stimmzähler des GGR werden auf Vorschlag der FORUM sowie der SP-Fraktion einstimmig gewählt:

**Roland Rüfli (FORUM)**

**Roger Schär (parteilos)**

**Ratspräsident:** Ich gratuliere allen ins Ratsbüro Gewählten herzlich zu ihrer ehrenvollen Wahl und wünsche Ihnen viel Erfolg.

## **Wahl der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des GGR für das Jahr 2009**

### ***Sieben Mitglieder für die Amtsdauer vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2012***

Die nachgenannten 7 Mitglieder werden auf Vorschlag der Fraktionen einstimmig in die GPK gewählt:

Kehrli Rudolf	SP	bisher
Mahler Rudolf	SP	neu
Hirsiger Ernst	SVP	bisher
Bruderer Walter	FORUM	neu
Rippstein Eduard	CVP	bisher
Gerber Philippe	EVP	bisher
Gfeller Heinz	FDP	bisher

### ***Präsident für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009***

Als Präsident der GPK wird auf Vorschlag der CVP-Fraktion einstimmig gewählt:

**Eduard Rippstein (CVP)**

### ***Vizepräsident für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009***

Als Vizepräsident der GPK wird auf Vorschlag der SVP-Fraktion einstimmig gewählt:

**Ernst Hirsiger (SVP)**

**Ratspräsident:** Ich gratuliere dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten sowie den Mitgliedern der GPK zur ihrer ehrenvollen Wahl.

## Wahl der Mitglieder der ständigen Kommissionen für die Amtsdauer von 1.1.2009 bis 31.12.2012

**Norbert Riesen (SP):** Ist Thomas Christen neu offizielles Mitglied der FDP?

**Ratspräsident:** Heinz Gfeller nickt. Demnach ist dem so.

Die vorliegenden Vorschläge sind Resultat von Verhandlungen zwischen den Partei- und den Fraktionspräsidenten. Ich verzichte auf die Verlesung von einzelnen Namen, da alle entsprechend dokumentiert sind.

Es werden die nachfolgenden Mitglieder einstimmig gewählt:

<i>Planungskommission (7)</i>			10.612
Präsident v. A. w.	Zahler Christian, Gemeindepräsident	SP	bisher
Mitglieder	Kramer Sonja Blaser Erich Woodtli Klaus Meienhofer Michael Baumgartner Gerhard Rickenbach Rolf	SP SVP SVP FORUM EVP FDP	bisher neu bisher neu bisher bisher

<i>Kulturkommission (7)</i>			10.609
Präsident v. A. w.	Iten Thomas, Gemeinderat	SP	bisher
Mitglieder	Werner Thomas Bachmann Verena Müller Lucia Fivian Konrad Bischoff Kurt Trefzer Doris	SP Grüne/SP SVP FORUM EVP FDP	neu neu bisher bisher bisher bisher

<i>Schulkommission (9)</i>			10.628
Präsident v. A. w.	Iten Thomas, Gemeinderat	SP	bisher
Mitglieder	Ferrise Renate Thomann Andreas Müller Lucia Spirig Rüedi Luzia-Maria Hurter Anita Löhrer Sandra Bolliger Renate Wipfli Nadia	SP SP SVP SVP FORUM CVP EVP FDP	bisher neu bisher bisher bisher neu bisher bisher

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Januar 2009

<i>Finanzkommission (7)</i>			<i>10.603</i>
<b>Präsident v. A. w.</b>	<b>Lüthy Ursula, Gemeinderätin</b>	<b>Grüne/SP</b>	<b>bisher</b>
Mitglieder	Kehrli Simon Biner Jacques Wipfli Hans Schaller Esther Fitze Richard Trefzer Felix	SP SP SVP FORUM EVP FDP	bisher neu neu neu bisher bisher

<i>Hochbaukommission (7)</i>			<i>10.601</i>
<b>Präsidentin v. A. w.</b>	<b>Julmi Egon, Gemeinderat</b>	<b>FDP</b>	<b>bisher</b>
Mitglieder	Maeder Kurt Schär Roger Hausammann Hans-Rudolf Weber Beat Schläppi Thomas Mitter Michael	SP parteilos/SP SVP SVP FORUM CVP	bisher bisher bisher bisher neu neu

<i>Tiefbaukommission (7)</i>			<i>10.622</i>
<b>Präsident v. A. w.</b>	<b>Unteregger Regula, Gemeinderätin</b>	<b>SP</b>	<b>neu</b>
Mitglieder	Alther Rudolf Burkhalter Hans-Rudolf Blaser Erich Wegmüller Thomas Schenk Madeleine Schröter Bruno	SP Grüne/SP SVP SVP FORUM EVP	bisher neu bisher neu bisher bisher

<i>Gemeindebetriebekommission (7)</i>			<i>10.608</i>
<b>Präsident v. A. w.</b>	<b>Ernst Synes, Gemeinderat</b>	<b>CVP</b>	<b>neu</b>
Mitglieder	Goldschmid Martin Wiedmer Rudolf Landolf Marianne Zugg Gerhard Rüfli Roland Bolliger Christian	SP SP SVP SVP FORUM EVP	bisher neu bisher neu bisher neu

<i>Polizeikommission (7)</i>			<i>10.613</i>
<b>Präsidentin v. A. w.</b>	<b>Norton Ursula, Gemeinderätin</b>	<b>EVP</b>	<b>bisher</b>
Mitglieder	Ragaz Christoph Schuppisser Fritz Truog Markus Bendoza Thomas Eltschinger Bernard Wegmann Marianne	SP SP SVP FORUM CVP FDP	bisher bisher neu neu bisher neu

<i>Kommission für Öffentliche Sicherheit (7)</i>			10.624
Präsidentin v. A. w.	Norton Ursula, Gemeinderätin	EVP	bisher
Mitglieder	Maeder Kurt	SP	bisher
	Zaugg Gerhard	SVP	bisher
	Meienhofer Adrian	FORUM	neu
	Christen Thomas	FDP	bisher
v. A. w.	Straub Walter, Chef GFS	--	bisher
v. A. w.	Weber Rolf, Kdt FW	--	neu

<i>Sozialhilfekommission (7)</i>			10.605
Präsidentin v. A. w.	Panayides Alik, Gemeinderätin	SVP	bisher
Mitglieder	Blaser Ruth	SP	bisher
	Neuenschwander Marianne	SP	bisher
	Wissmann Florian	SP	bisher
	Landolf Marianne	SVP	neu
	Kräuchi Christine	CVP	neu
	Fels Silvia	EVP	neu

<i>Vormundschaftskommission (7)</i>			10.623
Präsident v. A. w.	Rüedi Urs, Gemeinderat	SVP	bisher
Mitglieder	Moser Rupert	SP	bisher
	Hirt Bruno	Grüne/SP	bisher
	Scheidegger Jürg-Sven	SP	neu
	Spirig Rüedi Luzia-Maria	SVP	bisher
	Weibel Monika	CVP	bisher
	Leumann Beat	FDP	neu

<i>Kinder- und Jugendkommission (7)</i>			10.626
Präsident v. A. w.	Rüedi Urs, Gemeinderat	SVP	bisher
Mitglieder	Dogan Aziz	SP	bisher
	Biner Claudia	parteilos/SP	neu
	Zeyer Priska	parteilos/SP	bisher
	Blindenbacher Marco	FORUM	neu
	Baumgartner Fabian	EVP	neu
	Rettore Mirjam	FDP	bisher

4      10.372      Motionen  
       22.111      Steueranlagen

## **Motion der SVP-Fraktion betreffend der Ausarbeitung von zusätzlichen Entscheidungsgrundlagen für das Parlament zur Prüfung der Auswirkungen einer Steuersenkung auf das Niveau der Stadt Bern; Begründung**

### **Wortlaut**

*Die SVP beauftragt den Gemeinderat, dem Parlament bis zum Beginn des Budgetierungsprozess für das Jahr 2010 zusätzliche Entscheidungsgrundlagen für die Prüfung der Auswirkungen einer anzustrebenden Steuersenkung auf das Niveau der Stadt (1,56) zu unterbreiten.*

*Wir verlangen vom Gemeinderat, dass er dem Parlament Varianten und deren Folgen aufzeigt, wie die Steuern auf das Niveau der Stadt Bern (1,56), unter der Auflage, dass am Ende der Finanzplanperiode (2014) trotzdem noch ein Eigenkapital von zwei Steuerzehntel vorhanden ist, gesenkt werden können.*

### **Begründung**

*Seit Jahren wird die Steueranlage der Gemeinde Ostermundigen mit dem Hinweis auf die finanzielle Entwicklung, wie sie im Finanzplan aufgezeigt wird, unverändert bei 1,65 belassen. Ebenso lange rechnet uns der Finanzplan der Gemeinde vor, dass das Eigenkapital am Ende der jeweiligen Finanzplanungsperiode aufgebraucht ist. Eingetroffen ist dies bis heute glücklicherweise nicht. Im Gegenteil, gegenwärtig verfügt die Gemeinde über ein Eigenkapital von über 13 Mio. Franken.*

*Wir sind uns bewusst, dass wir keine leichtfertige Steuersenkung verlangen dürfen. Darum benötigen wir zusätzliche Entscheidungsgrundlagen, die es uns ermöglichen, auf der Basis gesicherter Fakten zu prüfen, ob wir diesen Schritt wagen können oder nicht.*

*Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er uns die Folgen einer Steuersenkung konkret aufzeigt. Wir möchten wissen, wie sich die Mindereinnahmen auf die Dienstleistungen und Investitionen der Gemeinde auswirken. In welchen Bereichen muss mit einem Dienstleistungsabbau gerechnet werden und wie lange hält dieser allenfalls an.*

*Wir sind überzeugt, dass der Grosse Gemeinderat das Recht hat, die Entwicklung der Gemeinde Aktiv mitzubestimmen. Mit unserer Motion wollen wir ein zusätzliches Instrument schaffen, um entscheiden zu können, in welche Richtung die finanzielle Entwicklung der Gemeinde gehen soll. Soll weiterhin der vorsichtige Weg des Gemeinderates befolgt werden oder wollen wir eine aktivere, vom Parlament bestimmte Politik betreiben.*

**Ernst Hirsiger (SVP):** Diese Motion ist kein verspäteter Wahlkampf-Gag der SVP-Fraktion und deshalb wurde der Vorstoss auch erst im Dezember eingereicht. Steuer- und Gebührensenkungen gehören zum Parteiprogramm der SVP. Wir alle ken-

nen den Finanzplan, welchen wir sehr gut und kompetent einschätzen. Die finanzielle Zukunft wird im Finanzplan in den düstersten Farben aufgezeigt. Gleichzeitig durften wir in den letzten Jahren zur Kenntnis nehmen, dass die Gemeinderechnungen stets besser als die Budgets ausfielen. Das hat uns veranlasst, über diesen Sachverhalt nachzudenken.

- Wo ist der Graben zwischen Budget und der Gemeinderechnung?
- Ist eine Steuersenkung allenfalls möglich und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen?

Die SVP-Fraktion ist sich durchaus bewusst, dass die Steuern nicht beliebig gesenkt werden können. Eine Steuersenkung muss in ferner Zukunft nachhaltig sein, und sie darf die Gemeindefinanzen nicht endgültig aus dem Gleichgewicht bringen. Deshalb wollen wir, dass dem Parlament die Auswirkungen einer Steuersatzsenkung auf die Basis der Stadt Bern aufgezeigt werden.

Tatsache ist, dass viele Gemeinden rund um Ostermundigen ihren Steuersatz gesenkt haben. Im letzten Jahr waren dies 18 Gemeinden. In einem Steuerranking zusammen mit unseren Nachbargemeinden stehen wir bestimmt an letzter Stelle. Uns ist bekannt, dass Ostermundigen bis heute nicht zu den finanzstärksten Gemeinden zählt. Dies ist ebenfalls historisch bedingt. Mit den Neuzuzügern, welche mehr Steuern bezahlen, als die Alteingesessenen, wachsen die Hoffnungen des Finanzverwalters und des Gemeinderates auf die erhoffte Gemeindeentwicklung.

Ich war über die Aussage des Gemeindepräsidenten im Dezember 2008 in der Zeitung „Der Bund“ überrascht, dass er eine Steuersenkung in der Legislaturperiode 2009 - 2012 nicht mehr ausschliesst. Ein Grund seitens der SVP mehr, an der vorliegenden Motion festzuhalten.

**Gemeinderätin Ursula Lüthy (Grüne):** Dieser erste parlamentarische Vorstoss, der in der neuen Legislatur behandelt wird, ist interessant und kommt zum richtigen Zeitpunkt. Dies weil erstens am Anfang einer neuen Legislatur die Legislaturplanung ansteht, und bei dieser spielen der finanzielle Aspekt und die finanzielle Situation der Gemeinde eine wichtige Rolle.

Zweitens hat das Parlament eine beachtliche Anzahl neuer Mitglieder, und das ist auch der richtige Zeitpunkt, um die finanzielle Situation umfassend darzulegen und gewisse Grundsätze zu diskutieren und zu klären.

Drittens ist die Finanzsituation der Gemeinde Ostermundigen bekanntlich keine einfache und der aktuelle Finanzplan zeigt in den nächsten Jahren noch höhere Defizite als in den Budgets der vergangenen Jahre. Der Gemeinderat nimmt darum diesen Vorstoss gerne entgegen, wenn möglich lieber als Postulat. Ich möchte dies kurz begründen:

Gemäss der Motion soll der Gemeinderat beauftragt werden, dem Parlament bis zum Beginn des Budgetierungsprozesses für das Jahr 2010 zusätzliche Entscheidungsgrundlagen für die Prüfung der Auswirkungen einer anzustrebenden Steuersenkung

auf das Niveau der Stadt Bern zu unterbreiten. Vom Gemeinderat wird verlangt, dass er dem Parlament Varianten und die Folgen davon aufgezeigt, wie die Steueranlage auf das Niveau der Stadt Bern gesenkt werden können. Am Ende der Finanzplanperiode anfangs 2014 soll dabei sogar noch ein Eigenkapital von zwei Steuerzehnteln vorhanden sein.

Die Folgen einer Steuersenkung sollen konkret aufgezeigt werden. Die Motionäre möchten wissen, wie sich die Mindereinnahmen auf die Dienstleistungen und Investitionen auswirken könnten. Dazu nimmt der Gemeinderat folgendermassen Stellung:

An der letzten Sitzung des Grossen Gemeinderates - im Dezember 2008 - sind der Voranschlag für das Jahr 2009 und der Finanzplan für die Jahre 2009 bis 2013 behandelt und vom Parlament genehmigt und verabschiedet worden. Über den ganzen Planungshorizont ist dabei gleich bleibend mit der aktuellen Steueranlage von 1,65 gerechnet worden. Trotzdem muss in jedem einzelnen Planjahr mit einem bedeutenden Aufwandüberschuss gerechnet werden, den man über das vorhandene Eigenkapital abbuchen wird. Am Ende der Planungsperiode beträgt das Eigenkapital gemäss Finanzplan noch knapp 2 Mio. Franken oder ca. ein Steuerzehntel.

Gemessen an dieser Ausgangslage würde eine Steuersenkung auf das Niveau der Stadt Bern - welche gegenwärtig eine Steueranlage von 1,54 ausweist - eine Minderung von 1,1 Steueranlagezehntel bedeuten. Das entspricht einem Betrag von rund 2,3 Mio. Franken pro Jahr, der zum bereits bestehenden Aufwandüberschuss dazu gerechnet werden müsste. Diese Überschlagsrechnung allein zeigt schon, vor welcher schwierige - praktisch unlösbare - Aufgaben eine Steuersenkung in diesem Umfang die Gemeinde Ostermundigen stellen würde.

Es ist bei anderer Gelegenheit schon erwähnt worden und es soll hier auch nur am Rande bemerkt werden, dass die Ursache dafür, dass die Stadt Bern und die umliegenden Gemeinden mit einer tieferen Steueranlage auskommen können, nicht in höheren Ausgaben oder mangelnder Effizienz begründet ist, sondern einzig darin, dass die Steuerkraft in diesen Gemeinden deutlich höher liegt als bei uns. Es handelt sich hier also ausschliesslich um ein strukturelles Problem.

Der Gemeinderat will aber trotzdem im Sinne der Motion zusammen mit dem neuen Voranschlag 2010 und dem Finanzplan 2010 bis 2014 zusätzliche Varianten zum Finanzplan vorlegen, die Auswirkungen davon aufzeigen und damit dem Grossen Gemeinderat die geforderten Entscheidungsgrundlagen liefern. Der Gemeinderat braucht aber eine angemessene Frist dafür, diese Varianten und deren Auswirkungen eingehend zu prüfen und seriös ausarbeiten zu können. Diese Arbeiten sollen im Rahmen der Legislaturplanung angegangen werden, die in nächster Zeit ansteht, und anschliessend innerhalb des Budgetierungsprozesses und mit einem vertretbaren Aufwand konkretisiert werden.

Vor diesem Hintergrund kann der Gemeinderat den Terminauftrag im Wortlaut dieser Motion nicht erfüllen, wonach dem Parlament schon bis zum Beginn des Budgetierungsprozesses - das würde bedeuten bereits an der GGR-Sitzung vom Mai - diese Entscheidungsgrundlagen für die Prüfung der Auswirkungen einer Steuersenkung

auf das Niveau der Stadt Bern unterbreitet werden müssen. Bis zu diesem Zeitpunkt können auch noch keine neuen Erkenntnisse vorliegen.

Aus diesem Grund und weil dieser Vorstoss von seinem Gegenstand her eher den Inhalt eines Postulats hat, nämlich eine bestimmte Möglichkeit zu prüfen und darzulegen, wird empfohlen und beantragt, diesen Vorstoss in Form eines Postulates entgegen zu nehmen.

**Heinz Gfeller (FDP):** Die FDP-Fraktion unterstützt die vorliegende Motion. Die anstehende Umsetzung der Behörden- und Verwaltungsreform soll dazu beitragen, dass dem GGR aufgezeigt wird, welche Entscheide mit Kostenfolge getroffen werden. Dies ist ebenfalls ein Element für eine langfristige, nachhaltige Möglichkeit zur Steuersenkung. Ich hoffe, dass wir in unserer Gemeinde so etwas wie „target costing<sup>1</sup>“ einführen können.

**Jacques Biner (SP):** Die SP-Fraktion unterstützt das Geschäft unter der Bedingung, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird. „Zeitpunkt“ und „Termin“ sind zu knapp bemessen, um seriöse Abklärungen und Berechnungen vornehmen zu können. Mittels einem Postulat wird der Verwaltung ermöglicht, die Abklärungen in einem vernünftigen Rahmen vornehmen zu können. Ohne wesentlichen Abbau von Dienstleistungen wird eine Steuerreduktion nur schwer möglich sein.

**Walter Bruderer (FORUM):** Damit die gewünschte Steuersenkung nicht vergessen geht, unterstützen wir die Motion. Und zwar im Wissen, dass wir aus heutiger Sicht eine Steuersenkung nicht unterstützen würden. Wir haben aber manchmal den Eindruck, Gemeinderat und Verwaltung seien nicht immer gross an einem verbesserten Finanzhaushalt interessiert, ähnlich wie er vom Sozialamt den Sozialhilfebezügern empfohlen wird.

Wir würden z. B. die Abschreibungen für alle Objekte in Erneuerungsfonds steuern. Wir würden von allen Aufwandverursachern verlangen, auch bei den externen, dass die Aufwände keinesfalls steiler als die Teuerung steigen dürfen. Wir würden nur Investitionen befürworten, die zur Wertschöpfung echt beitragen und auch innerhalb jeder Prioritätengruppe noch rangieren. Wir erinnern im Sinne von Finanzplanbeispielen auch noch an wahrscheinlich hohe Investitionen für das Tram, für den ESP Bahnhof, für die periodische Erneuerung der EDV-Infrastruktur (Verwaltung und Schule) und an das initialisierte Sport-/Kulturzentrum.

Eigenkapital in der Höhe von zwei Steuerzehntel betrachten wir als Notgroschen. Hingegen sind wir ebenfalls überzeugt, dass das Parlament das Recht hat, die Entwicklung der Gemeinde mitzubestimmen. Wir betrachten das sogar als seine Pflicht.

---

<sup>1</sup> Gemäss Duden: das Zielkostenmanagement

**Ernst Hirsiger (SVP):** Die SVP-Fraktion zeigt sich bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Wir sehen ein, dass die Zeitannahmen sehr knapp bemessen sind. Wir wollen jedoch nicht, dass das vorliegende Postulat „versandet“. Wir hätten deshalb gerne einen Zwischenbericht spätestens per Ende Jahr.

**Ratspräsident:** Über die Motion hat das Parlament abzustimmen. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Motion der SVP-Fraktion betreffend der Ausarbeitung von zusätzlichen Entscheidungsgrundlagen für das Parlament zur Prüfung der Auswirkungen einer Steuersenkung auf das Niveau der Stadt Bern wird begründet, erheblich erklärt und als Postulat an den Gemeinderat überwiesen.

5      10.372      Motionen  
50.300      Allgemeines

## **Motion der EVP-Fraktion betreffend mehr Standorte für Wahlplakate; Begründung**

### **Wortlaut**

*Der Gemeinderat wird beauftragt, für Wahlplakate mehr Standorte zu definieren, namentlich an folgenden Orten:*

*Bisher:      Waldeck, Schermenweg/Bereich Bahnhof, Bushaltestelle Zollgasse*

*Neu:        Bereich Poststelle 2, Rüti, Dennigkofen*

### **Begründung**

*Ostermundigen hört bei der Dreiecksanlage an der Zollgasse auf. Diesen Eindruck erweckte die Wahlplakatierung anlässlich der soeben stattgefundenen Gemeindewahlen. Nur gerade an drei Standorten wurde durch die Gemeinde Wahlwerbung gemacht: Waldeck, Schermenweg/Bereich Bahnhof und Bushaltestelle Zollgasse. Die Parteien mussten jedoch je 10 Plakate abliefern. Bei früheren Wahlen gab es wenigstens noch Standorte vis-à-vis der Poststelle 2 neben dem Restaurant „National“ und auch auf der Rüti.*

*Die Wahlwerbung ist für alle Parteien einer der wichtigsten Faktoren im Wahlkampf. Zudem erinnern die Plakate die Bevölkerung an ihr Recht, zu wählen. Deshalb ist an möglichst vielen Standorten auf die Wahlen aufmerksam zu machen.*

**Renate Bolliger (EVP):** Die Gemeindewahlen sind vorbei und es ist noch nicht Zeit, bereits an die nächsten zu denken. Bei der Auswertung der letzten Wahlen haben wir uns über die fehlenden Plakatständer (vor allem vor der Post 2 beim Wegmühlegässli) und „das die Gemeinde Ostermundigen bei der Dreieckanlage zu Ende ist“ geärgert.

Bis zu den nächsten Wahlen haben wir diese Details wieder vergessen. Aus diesem Grund haben wir die Motion bereits jetzt eingereicht, damit die Bevölkerung im Herbst 2012 besser auf die bevorstehenden Wahlen aufmerksam gemacht werden kann. Wir bitten den Rat, die Motion zu unterstützen.

**Gemeinderätin Ursula Norton (EVP):** Grundsätzlich ist gegen eine breitere Wahlwerbung aus Sicht von Verwaltung und Gemeinderat nichts einzuwenden. Es sind lediglich die nachfolgend technischen Fragen zu klären.

#### *a. Standorte*

Die in der Motion neu genannten Standorte wurden durch die Gemeindepolizei überprüft. Bei der Poststelle 2 erscheint der Bereich bei der Bushaltestelle „Wegmühlegässli“, in der Rüti die Bushaltestelle (Wendeschlaupe/Wartehäuschen), am Dennigkofenweg (Höhe Glascontainer - und/oder Bereich Schulhaus Turnhalle) geeignet.

Diese Orte sind gut einsehbar und bilden keine Probleme aus verkehrssicherheits-technischer Sicht. Der Gemeinderat müsste neu diese Standorte neben den bisherigen bewilligen.

*b. Gesetzliches*

Im Strassenbereich dürfen die Wahlplakate nicht sichtbehindernd oder sonst wie sicherheitsgefährdend sein (Signalisationsverordnung SSV, Art. 95 ff. - 100 gilt zu beachten). Dies ist grundsätzlich wie gesagt mit den genannten Standorten kein Problem. Detailprobleme sind bei der Umsetzung zu beachten.

*c. Kosten*

Um die zusätzlichen Standorte mit Wahlplakaten zu bedienen, sind nach Rückfrage im Werkhof Ostermundigen (Dienststelle „Signalisation“) zusätzliche Weltformatplakatständer nötig. Bei einer grösseren Wahlveranstaltung würden die bisherigen Ständer nicht mehr ausreichen. Zudem sei es schon vorgekommen, dass nebst den Wahlen gleichzeitig von den bfu Aktionen, welche den Strassenverkehr betreffen, durchgeführt werden mussten. Damit während der Wahlveranstaltung ein Engpass vermieden werden könnte, müssten laut Werkhof mindestens 15 - 20 neue Weltformatplakatständer mit Standssockeln angeschafft werden. Mit diesen Kosten müsste in etwa gerechnet werden:

15 Ständer für das Ankleistern der Wahlplakate mit Betonsockel      Total Fr. 8'617.--  
(Preis inkl. MWST und Transport / abzüglich 5 % Rabatt)  
Einzelpreis komplett Fr. 604.-- (x 15 = Fr. 9'060.--)

15 Ständer mit Klapprahmen mit Betonsockel      Total Fr. 12'712.--  
(Preis inkl. MWST und Transport / abzüglich 5 % Rabatt)  
Einzelpreis komplett Fr. 910.-- (x 15 = Fr. 13'650.--)

*d. Finanzierung*

Die Kosten von Fr. 8'617.-- resp. Fr. 12'712.-- wurden im Budget 2009 nicht berücksichtigt. Deshalb müsste der Gemeinderat einen Nachkredit im genannten Umfang bewilligen.

*e. Fazit*

Weitere Wahlwerbung an den vorgeschlagenen Standorten ist ohne weiteres möglich, verursacht aber Kosten im Rahmen der genannten Beträge. Der Gemeinderat ist bereit, die neuen Standorte zu bewilligen und den nötigen Nachkredit für die Beschaffung der Plakatständer zu sprechen, sofern dies vom Parlament gewünscht wird.

Zusammengefasst heisst dass, der Gemeinderat befürwortet die erste Variante und ist bereit, die Motion entgegen zu nehmen und gleichzeitig als erledigt abzuschreiben.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Januar 2009

---

**Colette Nova (Gewerkschaft):** Die Fraktion SP/Grüne unterstützt die vorliegende Motion. Vor allem den kleinen Parteien werden mit diesen zusätzlichen Wahlplakatständern vermehrte Präsenz gewährt. Die relativ hohen Anschaffungskosten sind gerechtfertigt, können die Plakatständer sicher über eine lange Zeitspanne eingesetzt werden.

**Heinz Gfeller (FDP):** Auch die FDP-Fraktion unterstützt das Anliegen. Das Geschäft ist klar der operativen Ebene zuzuordnen. Wieso ist eine Motion notwendig? Die Kostenfolge liegt klar in der Verantwortung des GGR. Mit gutem Wirtschaften wären sicher noch Einsparmöglichkeiten vorhanden gewesen.

**Ratspräsident:** Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Über die Motion hat das Parlament abzustimmen. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Motion der EVP-Fraktion betreffend mehr Standorte für Wahlplakate wird begründet, erheblich erklärt, an den Gemeinderat überwiesen und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

6      10.372      Motionen  
40.118      Radwegnetz, Allgemeines

## **Motion der SP-Fraktion betreffend freie Fahrt für den Veloverkehr; Begründung**

### **Wortlaut**

*Der GR wird beauftragt, dem GGR bis Ende 2009 ein Konzept vorzulegen, wie die Infrastruktur für die Velofahrer in der Gemeinde und die grenzüberschreitende Veloverschliessung der Gemeinde Ostermundigen zu verbessern ist und bis wann er gedenkt, diese Verbesserung umzusetzen. Dafür ist insbesondere auch das Gespräch mit den Nachbargemeinden sowie dem Kanton zu suchen.*

### **Begründung**

*Die Gemeinde Ostermundigen hat im Rahmen des Energiekonzeptes das Thema „Mobilität“ als einen der Schwerpunkte für die Phase 2008 bis 2011 ausgewählt.*

*Der Langsamverkehr, insbesondere der Veloverkehr, kann eine spürbare Entlastung der bestehenden Infrastrukturen ermöglichen. Deshalb ist die Förderung des Veloverkehrsnetzes auch im Interesse der Gemeinde. Velofahrer als verletzte Verkehrsteilnehmer sind jedoch auf gute Infrastrukturen angewiesen. Darum braucht es erstens ein zusammenhängendes Veloverkehrsnetz innerorts. Dieses soll zuerst realisiert werden. Damit durch den Veloverkehr auch im täglichen Pendlerverkehr eine Entlastung entsteht, ist zweitens eine Vernetzung über die Gemeindegrenzen hinaus notwendig. Ein kurzer, nicht systematischer Überblick führt z. B. folgende Mängel zu Tage:*

- *Das Veloverkehrsnetz auf Ostermundiger Gemeindegebiet ist allgemein sehr lückenhaft.*
- *Die Verbindung von Ostermundigen nach Ittigen ist in Richtung Ittigen sowohl auf dem Gemeindegebiet Ostermundigen, wie auch auf dem Gemeindegebiet von Ittigen schlecht beleuchtet und verfügt weder über einen Velostreifen, noch über einen Veloweg.*
- *Die Verlängerung der Unteren Zollgasse Richtung Ittigen zwischen Siedlungsrand und Kreisel bei der Umfahrungsstrasse ist für Velofahrer äussert gefährlich (keine Beleuchtung, keine Velospuren).*
- *Die Bernstrasse auf Ostermundiger Seite und die Ostermundigerstrasse auf Berner Seite weisen in Richtung Bern weder Veloweg noch Velostreifen auf. Dies ist besonders unerfreulich, da die Strasse leicht ansteigt.*
- *Richtung Ostermundigen fehlt zwischen Zentweg und Bahnunterführung jegliche Infrastruktur für Velofahrer.*

*Die Tatsache, dass die Ausfallstrassen Kantonstrassen sind, sollte den Gemeinderat aber nicht davon abhalten, auch hier eine Verbesserung anzustreben. Auch der regi-*

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Januar 2009

---

*onale Richtplan „Langsamverkehr“ sieht Verbesserungen vor und es stehen dafür kantonale Gelder bereit. Dies sollte für den GR ein Ansporn sein, sich aktiv für Verbesserungen einzusetzen.*

*Vorbildliche Energiestädte verfügen über gut ausgebaute Velowege. Es ist deshalb Zeit, dass Ostermundigen seine Velowege zu einem zusammenhängenden Netz ausbaut.*

**Christian Zeyer (SP):** Der motorisierte Individualverkehr (MIV) ist eine gute Sache; jedoch nicht immer. Es braucht Alternativen zum MIV, und damit diese genutzt werden können, müssen die entsprechenden Angebote geschaffen werden. Diese Angebote sind innerhalb der verkehrsberuhigenden Gemeinde nicht schlecht vorhanden. Als Velofahrer ist es in der Gemeinde Ostermundigen angenehm, unterwegs zu sein. Es gibt in Ostermundigen verschiedene neuralgische Punkte. Wenn der Langsamverkehr gefördert werden soll, müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen erfüllt sein.

- Mehr als 30 % des gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstosses in der Schweiz wird vom Verkehr produziert. Mehr als 70 % davon durch den MIV.
- Die notwendigen Infrastrukturen belasten den Gemeindefinanzhaushalt stark, wenn ein gutes Angebot für den Langsam- resp. Veloverkehr errichtet werden soll.

Burgdorf ist eine schweizerisch vorbildliche „Mobilitätsmusterstadt“ mit einem praktisch vollständig erschlossenen Veloverkehrsnetz. Statistisch kann nachgewiesen werden, dass Burgdorf einen anderen Modalsplit ausweist. D. h. es werden weniger Fahrzeuge/Autos pro Person ausgewiesen. Dies zahlt sich aus. Deshalb ist es auch für Ostermundigen wichtig, dass die Infrastrukturen langsam ausgebaut werden. Wir haben viele Pendler und die Verbindungen in die Stadt resp. in die Nachbargemeinden müssen gut erhalten und sicher sein. Dies ist momentan nicht der Fall.

Hier handelt es sich nicht nur um einen Auftrag für die Gemeinde Ostermundigen sondern auch für die umliegenden Gemeinden. Im Interesse der Gemeinde Ostermundigen ist mit den Nachbargemeinden der Kontakt zu suchen und die Infrastrukturanlagen auszubauen. Aus diesem Grund hat die SP-Fraktion die vorliegende Motion eingereicht.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass Ostermundigen schon heute eine velofreundliche Gemeinde ist. Dies, weil grosse Teile des Gemeindegebiets flach sind, weil wir über viele verhältnismässig verkehrsarme Strassen verfügen und weil gestützt auf die Verkehrskonzepte (VKK) 1988 und 2000 etliche Massnahmen im Interesse der Velofahrenden umgesetzt worden sind. Das bedeutet aber nicht, dass keine weiteren Verbesserungen vorgenommen werden könnten.

Der Gemeinderat ist deshalb bereit, die Motion entgegen zu nehmen. Er beantragt dem Parlament, die Ausarbeitung des geforderten Konzeptes erst nach Überprüfung des Verkehrsrichtplanes „VKK 2000“ vorzunehmen. Die Überprüfung des VKK ist in diesem Jahr vorgesehen, die Ausarbeitung des Velokonzeptes somit im Jahre 2010. Sind die Motionäre mit dieser Fristerstreckung nicht einverstanden, ist der Gemeinderat gewillt, die Motion als Postulat entgegen zu nehmen.

*a. Vorhandene planungsrechtliche Instrumente*

Der Gemeinderat weist darauf hin, dass auf konzeptioneller Stufe bereits einiges festgelegt ist; nämlich im behördenverbindlichen - vom Parlament erlassenen - Verkehrsrichtplan „VKK 2000“ Insbesondere die von den Motionären in der Begründung erwähnten Punkte 2 bis 5 sind im VKK 2000 als „Netzergänzungen“ bezeichnet, oder es wird auf „regional bedeutende Radrouten“ hingewiesen.

*b. Lücken zwischen Planung und Ausführung*

Die behördenverbindlichen Festlegungen im VKK 2000 bedeuten für Gemeinderat und Verwaltung, dass die erwähnten Massnahmen vollzogen werden. Mit dem Erlass des Verkehrsrichtplans durch das Parlament wurden jedoch keine Kreditbeschlüsse für die Ausführung der festgesetzten Massnahmen beschlossen; dies ist jedoch auf Richtplanstufe auch nicht üblich.

Die bisherige Praxis des Gemeinderats und die, für die Ausführung zuständigen Abteilung Tiefbau bestand und besteht darin, dass immer dann, wenn an Strassenabschnitten bauliche Massnahmen notwendig waren und sind, auch die im VKK 2000 festgesetzten Massnahmen - also auch jene für den Veloverkehr - vollzogen wurden und werden.

Von den im VKK für den Langsamverkehr vorgesehenen Massnahmen sind zur Zeit praktisch alle blockiert, weil sie auf eine auslösende, bauliche Massnahme warten müssen. Nur sehr wenige Massnahmen werden schlicht aus Kostengründen zurück gestellt, z. B. der Bau eines Radstreifens an der Unteren Zollgasse nach Ittigen. Hier rechnen wir mit einem Frankenbetrag in sechs- oder siebenstelliger Höhe.

*c. Aktualität und Überprüfung des Verkehrsrichtplanes „Verkehrskonzept 2000“*

Die Inhalte des VKK 2000 stehen für alle Verkehrsarten grundsätzlich im Einklang mit der heutigen baurechtlichen Grundordnung (Zonenplan, Baureglement); sie sind also auf die Grösse des heutigen Baugebietes (inkl. „Oberfeld“) abgestimmt und sind „prima Vista“ auch noch richtig.

Derzeit steht für den Gemeinderat immer noch die Frage offen, ob und in welcher Form die raumplanerisch relevanten Instrumente baurechtliche Grundordnung, Landschaftsrichtplan und Verkehrsrichtplan einer Überarbeitung bedürfen (Postulate der SVP-Fraktion vom 8. September 2005). Derzeit werden die Eingaben der Öffentlichkeit und der politische Parteien zu den „Leitlinien zur Siedlungsentwicklung“ ausgewertet und Strategien für die weiteren Schritte im Raumentwicklungsbereich entworfen.

Gestützt auf die „Leitlinien“ kann heute abgeschätzt werden, in welchem Rahmen sich die Siedlung in Zukunft entwickeln wird. Auf dieser Grundlage macht es Sinn, das VKK 2000 zu überprüfen, und aus heutiger Sicht muss es voraussichtlich auch überarbeitet werden.

*d. Umsetzungsabsichten*

Wie bereits eingangs erwähnt, teilt der Gemeinderat die Haltung, dass Verbesserungen bei den Infrastrukturen und Voraussetzungen für Velofahrende in Ostermundigen möglich und sinnvoll sind. Der Gemeinderat ist jedoch nicht „blauäugig“ und rechnet nicht damit, dass die sogenannten „grossen Brocken“ des VKK als Einzelprojekte in naher Zukunft Unterschlupf in einem kommunalen Budget finden werden.

Gleichzeit ist der Gemeinderat aber überzeugt, dass auch mit weniger kostenintensiven Massnahmen, wie beispielsweise Wegweiser für Velorouten, verbesserte Markierungen und Vortrittsregelungen, sowie jenen, im neuen Energiekonzept festgesetzten Massnahmen für den Langsamverkehr, einige Verbesserungen zu erreichen sind.

Deshalb sieht der Gemeinderat vor, nach der Überprüfung der Verkehrsrichtplanung ein Umsetzungskonzept für Massnahmen im Bereich des Langsamverkehrs auszuarbeiten. Dieses Umsetzungskonzept soll einerseits Elemente aus der Verkehrsrichtplanung und andererseits auch langsamverkehrsrelevante Elemente der Energierichtplanung enthalten. Mit dem Erlass dieses Umsetzungskonzeptes sollen auch die entsprechenden Finanzbeschlüsse gefasst werden.

**Christian Zeyer (SP):** Ich möchte noch ein paar Überlegungen anbringen. Ich weiss nicht, wieviele Hunderttausende Franken ein Radstreifen entlang der Unteren Zollgasse kostet. Ich weiss aber, dass diese Strecke speziell für die Velofahrenden sehr gefährlich ist. In Ittigen stehen einige grössere Verwaltungsgebäude mit vielen Arbeitenden, welche auch in Ostermundigen wohnen. Dieser Radstreifen sollte vordringlich erstellt werden.

**Walter Bruderer (FORUM):** Vorgängig möchte ich noch anfügen, dass das FORUM nicht prinzipiell gegen das Tram ist.

Im Hinblick auf eine autofreie Oberfeldüberbauung ist der Vorstoss verständlich. Nicht sinnvoll ist es aber, jetzt ein Konzept „nur für den Veloverkehr“ zu verlangen. Warum:

1. Es gibt bereits ein VKK, worin auch der Veloverkehr ausgiebig behandelt worden ist und zudem sind laut Verwaltungsbericht 2007 noch zwei als Motionen eingereichte SVP-Postulate vom 8. September 2005 hängig, die nebst der Revision der Ortsplanung auch die Revision des VKK verlangt haben. In diesem Sinn hat sich übrigens auch der Gemeinderat zu beiden Vorstössen geäussert, was im Verwaltungsbericht 2007, Seite 36, nachgelesen werden kann. Wir gehen nach wie vor davon aus, dass in einem revidierten VKK der Veloverkehr behandelt

- wird und dabei auch die Kosten für die Realisierung vollständig aufgezeigt werden. Sinnvoll könnte eine Umfrage bei der Bevölkerung sein, wer warum das Velo zu welchen Zielen einsetzen möchte und wer aus welchen Gründen nicht.
2. Ungeachtet vom Planungsstand vom „Verkehrskonzept“ möchten wir auch noch zuerst verbindlich erfahren, welche verkehrstechnischen und finanziellen Auswirkungen das Tram auf den ganzen Ostermündiger Verkehr haben wird.
  3. Trotzdem autofreies Wohnen gute Mobilität verlangt, möchten wir auch noch auf den relativ geringen Umfang des Veloverkehrs - im Vergleich zum ÖV und MIV - aufmerksam machen. Im Winter gibt es nur wenige Leute, die mit dem Velo zwischen Wohn- und Arbeitsort pendeln. Selbstverständlich haben wir nichts gegen die sinnvolle Benützung von Velos einzuwenden. Ich selber bin im Sommer-Halbjahr gern mit dem Velo unterwegs, versuche dabei aber die Bernstrasse und die Untere und Obere Zollgasse zu meiden.
  4. Wir sehen klare Prioritäten zu Gunsten des ÖV. Zuerst müsste der ÖV, der innerhalb von Ostermündigen leider an verschiedenen Orten viel zu stiefmütterlich behandelt wird, verbessert werden. Dann brauchen potentielle Fahrgäste (auch Pendler) nicht zwingend ein Velo, oder höchstens bis zur nächsten Haltestelle oder zum Bahnhof. Unser Ziel im Agglomerationsverkehr liegt eindeutig beim ÖV.
  5. Mit der Hoffnung, der Veloverkehr könnte in der Schweiz ähnlich wie z. B. in Holland, je einen hohen Verkehrsanteil erreichen, hätten wir Mühe. Wichtig für uns sind primär sichere Schulwege!
  6. Ein Wort zur Veloverbindung mit Nachbargemeinden, z. B. zur Mitbenützung des Trottoirs zwischen dem Steingrübli und Deisswil. Wir erinnern an einen Vorstoss, der bereits historisch alt ist; vermutlich existiert er bei der Gemeinde nur noch im Archiv.

**Markus Truog (SVP):** Die SVP-Fraktion ist von der Motion nicht begeistert. Das VKK ist 8-jährig und muss angepasst werden. Den Voten des Gemeindepräsidenten zu Folge soll dies demnächst auch geschehen. Die SVP-Fraktion will zuerst die Vorschläge des Gemeinderates zum VKK prüfen. Heute ist nicht noch ein zusätzlicher parlamentarischer Vorstoss notwendig. Wir werden die Motion nicht unterstützen.

**Heinz Gfeller (FDP):** Die FDP-Fraktion will Velowege jedoch keine überflüssige Velowegkonzepte. Der Gemeinderat hat den Auftrag, dass bestehende und velofreundliche VKK zu überarbeiten. Der Gemeinderat ist willens, eine velofreundliche Gestaltung anzustreben. Das Departement Tiefbau ist zuständig für die operative Umsetzung. Vertrauen die Motionäre dem Departement Tiefbau nicht? Wir wollen keinen „Papierkostentreiber“ und unterstützen die Motion nicht.

**Eduard Rippstein (CVP):** Die CVP- und EVP-Fraktionen vertrauen der Verwaltung. Wir stimmen der Motion zu, wenn der Wortlaut auf das Jahr 2010 abgeändert wird. Wieso? Velofahrende sind gesund und seitens Verkehr ein vernünftiges Instrument. Im Winter benutze ich das Velo kaum. Aber ein guter Veloweg bringt für alle Verkehrsteilnehmende sehr viel positives.

**Christian Zeyer (SP):** Wie heisst es doch so schön: „Postulate die hängen, hängen gut!“ Aus diesem Grund haben wir die Form der Motion gewählt. Ich kann nicht begreifen, wieso hier kein zusätzliches Papier erarbeitet werden soll. Wir wären ebenfalls bereit, die Frist bis ins Jahr 2010 zu akzeptieren. Ein „Kostentreiber“ existiert dann, wenn kostenverpflichtende Massnahmen umgesetzt werden müssen.

Mit den Argumenten seitens des FORUMS habe ich Mühe. Die Gegenüberstellung ÖV zum Veloverkehr inkl. dem Geldfluss geht nicht auf. Das Velo ist der Zubringer für den ÖV. Viele Leute in den Aussenquartieren nehmen das Velo, fahren damit zum Bahnhof und von dort mit dem ÖV in alle Himmelsrichtungen. Jeder Velofahrer und sei es nur im Sommer arbeitet auch zugunsten der Kostenentlastung. Muss der ÖV verdichtet werden, entstehen für die Gemeinden zusätzliche Kosten.

Das Argument „Jahreszeiten“ kann ich nicht verstehen. Es ist richtig: Im Winter fahren weniger Leute Velo als im Sommer. Aber auch für das Velofahren im Sommer müssen die Infrastrukturen zur Verfügung stehen.

Ich bitte das Parlament, die abgeschwächte Motion mit dem korrigierten Wortlaut „2010“ zu unterstützen. Ich hoffe auf echtes Bekenntnis zum Veloverkehr und nicht nur auf Lippenbekenntnis.

**Rudolf Mahler (SP):** Ich unterstütze den Vorredner. Das Velo ist ein gutes Verkehrsmittel und verdient die Förderung durch das Parlament. Ein Velo macht die Strassen nicht kaputt. Der Gesundheitsaspekt wird gefördert.

Das Votum von Walter Bruderer kann ich nicht nachvollziehen. Die Leute fahren Velo, wenn ihnen gute Infrastrukturen zur Verfügung gestellt werden. Die Bernstrasse ist ein schlechtes Beispiel. Heute kann sich hier ein Velofahrer nur sehr schwerlich auf dem Sattel halten, wenn dieser ständig in die Belagslöcher fährt oder diesen ausweichen muss. Mit guten Infrastrukturanlagen wird die Bevölkerung zum Velofahren eingeladen. Damit werden die Strassen, der ÖV und die Autofahrenden stark entlastet.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Ich möchte darauf hinweisen, dass das Umsetzungskonzept zum VKK überarbeitet wird. Das ganze Auflageverfahren bedingt eine Zeitspanne von zwei bis drei Jahren. Jetzt soll das VKK überarbeitet und anschliessend der Rahmen abgesteckt werden. Parallel dazu ist das Umsetzungskonzept ins Leben zu rufen. Hier werden Massnahmen aufgeführt, welche nicht stufengerecht im VKK festgehalten sind. Der Gemeinderat kennt den Auftrag, dass VKK weiter zu bearbeiten. Ein zusätzlicher politischer Vorstoss dafür ist nicht not-

wendig. Mit diesem Vorgehen soll die Schwerfälligkeit eines Richtplans umgangen werden.

**Walter Bruderer (FORUM):** Wir haben nichts gegen die Velofahrenden (wie auch nichts gegen das Tram). Wir möchten lediglich die kritischen Bemerkungen anbringen. Aus finanziellen Überlegungen positionieren wir uns primär für den ÖV.

Eduard Rippstein möchte ich mitteilen, dass ich die Leserbriefe auch gelesen habe. Im Winter haben wir ein Problem mit sämtlichen Zweiradfahrenden (inkl. Töff). Der Sicherheitsaspekt darf nicht ausser Acht gelassen werden. Wie schnell stürzt man im Winter mit dem Velo! Es ist für mich unverantwortlich, wenn im Winter auch bei Schneegestöber das Velo um jeden Preis benutzt wird. Die Strassen werden nach Prioritätsstufen gereinigt. Deshalb: Velo ja - aber stets mit Vernunft!

Wir können die Motion nicht unterstützen. Hingegen könnten wir einem Postulat zustimmen.

**Heinz Gfeller (FDP):** Braucht der Gemeinderat eine überwiesene Motion, um die vorgeschlagenen Umsetzungsmassnahmen ausführen zu können? Dementsprechend werden wir die Motion ablehnen oder uns der Stimme enthalten.

**Christian Zeyer (SP):** Mit diesem Vorgehen können wir uns ganz abschaffen. Wir können den Gemeinderat immer fragen: „Seit ihr bereit, das umzusetzen...?“ Die Diskussion ist im Parlament zu führen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, der Gemeinderat kann und will umsetzen. Ein finanzieller Mehraufwand ist nicht zu befürchten. Es entsteht für alle eine sogenannte Win-Win-Situation.

**Madeleine Schenk (FORUM):** Auch ich bin sehr oft mit dem Velo unterwegs. Ich kann auch auf der Strasse Velo fahren und brauche nicht immer einen Veloweg. Im Winter und bei prekären Verhältnissen verzichte ich auf das Velo und gehe zu Fuss an den gewünschten Ort.

**Colette Nova (Gewerkschaft):** Unter Veloverkehr und Verkehr, welchen unsere Umwelt schont, reicht es nicht aus, nichts dafür zu tun. Hier ist unser Handeln gefragt.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Selbstverständlich kann der Gemeinderat Massnahmenkataloge erarbeiten. Jetzt liegt ein Vorstoss seitens der SP vor und dieses Vorgehen ist legitim. Die Motion liegt im Kompetenzbereich des Gemeinderates. Bei einer Zustimmung ist das Parlament gewillt, gewisse Kosten zu tragen, welche die Massnahmen auslösen. Die Motion kann nicht gratis erfüllt werden. Der Gemeinderat kann inhaltlich die Motion befürworten.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Januar 2009

---

**Ratspräsident:** Über die Motion hat das Parlament abzustimmen. Ich zitiere den abgeänderten Wortlaut nochmals:

*Der GR wird beauftragt, dem GGR bis Ende 2010 ein Konzept vorzulegen, wie die Infrastruktur für die Velofahrer in der Gemeinde und die grenzüberschreitende Veloerschliessung der Gemeinde Ostermundigen zu verbessern ist und bis wann er denkt, diese Verbesserung umzusetzen. Dafür ist insbesondere auch das Gespräch mit den Nachbargemeinden sowie dem Kanton zu suchen.*

Der GGR fasst mit 17 zu 7 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Motion der SP-Fraktion betreffend freie Fahrt für den Veloverkehr wird begründet, im Wortlaut abgeändert, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

### **Rückkommensantrag**

---

**Ratspräsident:** Mir liegt ein Rückkommensantrag der SVP-Fraktion betreffend „falsches Abstimmungsresultat“ vor.

### **A b s t i m m u n g :**

Der Rückkommensantrag wird mit 28 zu 3 angenommen.

**Ratspräsident:** Wir nehmen nochmals die Abstimmung zu Geschäft Nr. 6 vor. Ich verzichte auf das Verlesen des Wortlauts. Der GGR fasst mit 17 zu 10 Stimmen den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Motion der SP-Fraktion betreffend freie Fahrt für den Veloverkehr wird begründet, im Wortlaut abgeändert, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

7 10.373 Postulate  
10.1405 Verein Region Bern (VRB)

## **Postulat der SVP-Fraktion betreffend Entscheidungsfristen im VRB; Begründung**

### **Wortlaut**

*Der Gemeinderat wird beauftragt, im VRB den Antrag zu stellen, dass Entscheidungsfristen im VRB so gesetzt werden müssen, dass genügend Zeit für seriöse Meinungsbildung und vor allem für Rücksprache mit den zuständigen Gremien (Kommissionen, Räte, etc.) zur Verfügung steht.*

### **Begründung**

*Oftmals sind im VRB Geschäfte vom zeitlichen Rahmen so ausgelegt, dass für seriöse und umfassende Rücksprache der dort Einsitz nehmenden Gemeindevertreter nicht genügend Zeit bleibt. Nach Erhalt der Traktandenliste ist es oft nicht möglich, Geschäfte in den zuständigen Gemeindegremien (Kommissionen und Räte) gründlich zu besprechen und zu diskutieren, weil der Sitzungsplan nicht übereinstimmt und die Fristen zu kurz angelegt sind. So fehlt es denn oft an klaren Aufträgen für die Gemeindevertreter für die Entscheidungen. Wir gehen davon aus, dass dies nicht nur in unserer Gemeinde der Fall ist und dass dieses Anliegen durchaus eine Mehrheit im VRB finden könnte.*

**Lucia Müller (SVP):** In einer Sitzung der Kulturkommission vom vorletzten Jahr wurde ich erstmals bewusst mit der Problematik konfrontiert, dass die Fristen im VRB zum Problem werden können, weil durch sie mitunter ein Zeitdruck entstehen kann, der seriöse Abklärungen und Prüfungen durch entsprechende Kommissionen und Gremien in Frage stellen kann. Die SVP hat mehr als einmal den Eindruck gewonnen, dass die Vertreter unserer Gemeinde nicht mit einem klaren Auftrag aus den entscheidungsrelevanten Gremien votieren konnten, sondern oftmals aufgrund eigener Entscheidungsfindung stimmen mussten oder konnten.

Es wäre uns ein Anliegen, dass sowohl im jetzigen Gremium „VRB“, noch viel mehr aber in ihrer, nennen wir sie mal etwas salopp „Ablöseorganisation“, der Regionalkonferenz, die Entscheidungsfristen eine seriöse Entscheidungsfindung garantiert ist. Nur wenn Kommissionen oder Räte trotz ihren Sitzungspläne die Möglichkeit haben, Geschäfte eingehend zu prüfen und danach klare Aufträge an die entsprechenden Delegierten abzugeben, kann sicher gestellt werden, dass dort diese Stimmen im Sinne der jeweils zuständigen Gremien abgegeben werden.

Da dies in unseren Augen ein berechtigtes Anliegen ist, bitten wir die anwesenden Ratsmitglieder aller Parteien, unser Postulat zu überweisen und damit dem Gemeinderat den entsprechenden Auftrag zu erteilen, sich für dieses Anliegen in den beiden Gremien „VRB“ und „Regionalkonferenz“ mit aller Kraft einzusetzen. Und mit dem Postulat der Auftrag auch für die erwähnte Regionalkonferenz gilt, möchten wir den Text dahingehend ergänzen. Somit wäre der genaue Wortlaut unseres Postulates folgender:

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Januar 2009

---

*Wortlaut:*

*Der Gemeinderat wird beauftragt, im VRB und der Regionalkonferenz den Antrag zu stellen, dass dort Entscheidungsfristen so gesetzt werden müssen, dass genügend Zeit für seriöse Meinungsbildung und vor allem für Rücksprache mit den zuständigen Gremien (Kommissionen, Räte, etc.) zur Verfügung steht.*

Die SVP dankt allen, die unser Anliegen heute Abend unterstützen.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, das Postulat abzulehnen. An der letzten GGR-Sitzung war eine Interpellation des FORUMS betreffend Regionalkonferenz Bern-Mittelland traktandiert. Der Antwort konnten Sie entnehmen, dass die Abstimmung über die Einführung der Regionalkonferenz voraussichtlich am 17. Mai 2009 stattfinden wird. Mittlerweile hat der Regierungsrat diesen Termin definitiv festgelegt.

Aus heutiger Sicht stehen die Chancen gut, dass die Stimmberechtigten der Einführung der Regionalkonferenz zustimmen werden. In diesem Falle würde der VRB per Ende Jahr aufgelöst. Ob im Zusammenhang mit der Auflösung des VRB Entscheide anstehen, die gemeindeweit diskutiert werden müssen, ist noch offen. Andere VRB-Beschlüsse mit grosser Tragweite sind nicht mehr zu erwarten. Ein offizieller parlamentarischer Antrag an den VRB bezüglich Entscheidungsfristen ist deshalb nicht angemessen.

Auch wenn die Regionalkonferenz nicht eingeführt werden sollte, werden in Zukunft kaum noch regionale Entscheide auf Gemeindeebene breit diskutiert. Die neuen Zuständigkeiten werden nämlich nicht mit der Einführung der Regionalkonferenz beschlossen, sondern jeweils mit der speziellen Gesetzgebung. So regelt das kantonale Baugesetz die Zuständigkeiten im Bau- und Planungsbereich, und es gilt bereits heute, dass die regionalen Planungsverbände regionale Richtpläne verbindlich beschliessen können. Mit dem neuen Kulturgesetz ist vorgesehen, den regionalen Verbänden die Kompetenz zu erteilen, die Kulturbeiträge verbindlich festzulegen.

Das Parlament muss sich damit abfinden, dass regionale Entscheide in Zukunft auf regionaler Ebene entschieden werden. Wichtig ist auch die Tatsache, dass die „kreative Arbeit“ nicht an die Regionalkonferenz delegiert wird. Nicht die Delegiertenversammlung oder der VRB-Vorstand wird ein Instrument erarbeiten. Kommissionen werden die fachliche Arbeit liefern und dem Gremium zum Entscheid vorlegen. Diese Kommissionstätigkeit auf regionaler Ebene kann nicht gemeindeweit diskutiert werden. Es ist wichtig, dass die Gemeinden in den regionalen Kommissionen gut vertreten sein werden. Das können auch Verwaltungsmitarbeitende sein.

Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen deshalb, zur Zeit auf einen Antrag an den VRB zu verzichten, die Einführung der Regionalkonferenz abzuwarten resp. zu unterstützen und sich allenfalls später zur Zusammenarbeit zwischen der Regionalkonferenz und den Gemeinden zu äussern, wenn diese eingespielt ist und ihre Feuertaufe bestanden hat.

**Ernst Hirsiger (SVP):** Ich möchte eine wertneutrale Aussage machen: Die zu bildenden Regionalkonferenzen sind noch eine „Wundertüte“. Niemand weiss genau wie sie funktionieren. Was feststeht: Sie fassen Beschlüsse, welche rechtsverbindlich werden. Das Anliegen des Postulates ist es, darauf aufmerksam zu machen, dass ein Stück Demokratie verloren geht. In den Regionalkonferenzen werden Entscheide gefällt, welche die Meinungsbildung in den Parlamenten und zum Teil auch in den Exekutiven nicht mehr zulässt. Dies primär infolge der kurzen Fristen, in welchen die Geschäfte traktandiert werden.

Jede Gemeinde hat einen prozentual gewichteten Stimmenanteil. Unsere Vertretenden stimmen mit. Nehmen die Vertretenden unsere Interessen genügend wahr? Ein gewisses Unbehagen ist vorhanden. Die Rechtslage ist kompliziert. Das Postulat, welches sich primär auf den VRB bezogen hat, darf nicht sang und klanglos versenkt werden.

**Bruno Hirt (Grüne):** Die SP/Grüne-Fraktion hat das Postulat geprüft. Wir stufen das Anliegen als berechtigt ein. Die Fristen für eine seriöse Entscheidungsfindung sind notwendig. Doch das Ganze verläuft im Sande, denn bereits am 17. Mai 2009 wird über die Einführung der Regionalkonferenzen abgestimmt. Diverse Instrumente sind bekannt. Die Behördeninitiative wird eingeführt, d. h. eine Mehrzahl von Gemeinden kann sich gegen eine Entscheidung zusammenschliessen und eine Initiative lancieren. So gesehen erübrigt sich das vorliegende Postulat.

**Heinz Gfeller (FDP):** Die FDP-Fraktion unterstützt einen mehrstufigen Entscheidungsprozess in der Vorbereitung von verschiedenen historisch gewachsenen Gremien. Die Ausgestaltung kann sehr langwierig, kostenintensiv und letztendlich ineffektiv und ineffizient verlaufen. Ich erinnere an die SARS-Abstimmung, welche ich mit Mühe befürworten konnte. Dies nur unter der Voraussetzung, dass ein fakultatives Referendum für die betroffenen Regionen eingeführt wird. So wird die direkte Demokratie weitestgehend gewährleistet. Rund 70 % der bernischen Bevölkerung haben der SARS-Vorlage zugestimmt. Aus Solidarität zu unserer Nachbarpartei werden wir das Postulat nicht abweisen, sondern uns der Stimme enthalten.

**Madeleine Schenk (FORUM):** Wir sind erfreut ob diesem Postulat und unterstützen es aus diesem Grund. Wir erwarten auch, dass der Gemeinderat analog bei allen Geschäften des VRB und der Regionalkonferenz handelt. Bei Entscheidungen und Aufträgen der Regionalkonferenz sind oft die finanziellen Tragweiten nicht sofort ersichtlich, deshalb ist es erforderlich, die Geschäfte vom dafür kompetenten Gremium (sprich GGR) seriös zu behandeln.

**Eduard Rippstein (CVP):** Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Wir verlieren ein Stück Demokratie. In der ganzen Schweiz wird momentan regionalisiert. Gemeindefusionen werden angestrebt und jede Fusion stellt ein Stück weniger Demokratie dar.

Wir sprechen immer von Effizienz: Also müssen wir die Geschäfte zusammen angehen und Lösungen finden.

**Lucia Müller (SVP):** Wenn wir die Delegierten für die verschiedenen Kommissionen der Regionalkonferenz bestimmen und ihnen die entsprechenden Instruktionen erteilen, so müssen die Delegierten ebenfalls von ihren Parteien resp. Fraktionen ins Bild gesetzt werden. Die Zeitgefässe für diese wichtige Meinungsbildung muss vorhanden sein. Einem Gemeindedelegierten muss die Zeit eingeräumt werden, um sich in das Thema einzuarbeiten und seine Meinung bilden zu können. Der Gemeinderat hat sich dafür einzusetzen, dass die Fristen ausreichend angesetzt werden und das Ganze fair und ehrlich (ohne Schnellschüsse mit grossem finanziellem Aufwand) vollzogen werden kann.

**Christian Zeyer (SP):** Mit dem Votum von Eduard Rippstein bin ich nicht einverstanden. Die Zusammenlegung von Gemeinden führt zu keinem Demokratieverlust. Mit der Zusammenlegung werden grössere Gebilde geschaffen, welche in sich funktionieren. Ob dieser Sachverhalt auch bei der Regionalisierung zutrifft, dessen bin ich mir nicht sicher. Es ist wichtig, dass die Regionen im Sinne der Gemeinden entscheiden und dass die Demokratie wirklich gewahrt bleibt. Die Gefahr besteht darin, dass Entscheide ohne demokratische Mitsprache gefällt werden. Es muss nicht so sein, doch es kann so sein. Aus diesem Grund werde ich dem Postulat zustimmen.

**Colette Nova (Gewerkschaft):** Wir stimmen heute Abend nicht über die Einführung der Regionalkonferenz ab. Wir stimmen ab, ob dem Gemeinderat ein verbindlicher Auftrag erteilt werden soll. Nach den Ausführungen des Gemeindepräsidenten werden im bestehenden VRB keine wichtigen Entscheide mehr gefällt.

Den Ablauf der Regionalkonferenz ist uns noch nicht bis ins Detail bekannt. Es ist äusserst unhöflich, vorauseilend zu behaupten, dass die Regionalkonferenz mit ihren Gremien zu langsam arbeiten. Ich persönlich werde das Postulat ablehnen und empfehle der SVP-Fraktion, die Entwicklung der Regionalkonferenz abzuwarten.

**Walter Bruderer (FORUM):** Wie läuft in Zukunft der Finanzprozess ab? In der Regionalkonferenz, mit Einsitznahme durch den Gemeindepräsidenten, werden Finanzkredite für die Regionalplanung beschlossen. Wenn das Parlament sich zu solchen Entscheiden nicht mehr äussern kann, werden diverse Posten im Finanzplan hinfällig. Im Parlament kann nur noch über die Ergreifung des Referendums diskutiert werden. Doch Ostermundigen allein kann kein Referendum ergreifen. Im Gemeindegesetz sind die Voraussetzungen klar festgehalten. Es wäre zweckmässig, wenn eine Planung in der Regionalkonferenz ordnungsgemäss durchgeführt würde. Zweimal im Jahr stellt die Regionalkonferenz zuhanden der entsprechenden Gemeinden Antrag.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Das Parlament entwickelt bei diesem Geschäft zum Teil eine sehr grosse Sensibilität über die Meinungsbildung dieser Regionalkonferenz. Ich möchte daran erinnern, dass Ihr gewählte Mitglieder des GGR seid und damit beauftragt sind, mit bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden und die Bevölkerung zu vertreten. Ihr geht nicht bei jedem Geschäft vorgängig die Bewohnerinnen und Bewohner befragen und diskutiert. Ihr habt die Kompetenz, die Meinung der Bewohnerinnen und Bewohnern zu vertreten. Dieses Vertrauen wurde euch durch den Souverän erteilt.

In Gemeindeverbänden (z. B. ZSO Bantiger, ARA, KEWU, WVRB etc.) werden keine belanglosen Geschäfte behandelt. Hier handelt es sich um sehr wichtige Verbände, welche wichtige Anliegen durch Gemeindedelegierte aufarbeiten. Ich habe noch nie gehört, dass sämtliche Geschäfte der Gemeindeverbände noch hier im Parlament hätten diskutiert werden sollen. Den Delegierten können vorgängig keine Richtlinien abgegeben werden. Ein solches Vorgehen kann nicht funktionieren. Die Delegierten bringen ihr Wissen mit bestem Gewissen ein und vertreten so die Interessen der Gemeinde.

Dass die Gemeinden durch die Gemeindepräsidenten in der Regionalkonferenz vertreten werden, wurde bereits auf kantonaler Ebene beschlossen. Der Gemeinderat hat die Möglichkeit, den Gemeindepräsidenten über das Abstimmungsverhalten zu instruieren. Der Gemeinderat kann jedoch vorgängig nicht noch die Kommissionen anfragen. Dieser Schritt wäre zu kompliziert. Dem Gemeindepräsidenten ist das Vertrauen zu schenken, dass er die Interessen der Gemeinde in der Regionalkonferenz vertritt.

Das fakultative Referendum habe ich bereits an der letzten Sitzung erläutert. Ob ein Behördenreferendum bzw. -initiative seitens GGR oder Gemeinderat eingeführt wird, hat das Parlament noch zu diskutieren. Dies ist jedoch nicht Gegenstand des Postulatwortlauts.

Die von Walter Bruderer erwähnten grossen finanziellen Kosten werden in ihrem Sachverhalt ebenfalls vermischt. Wie die Kulturbeiträge beschlossen werden, habe ich bereits bei meinem vorderen Votum versucht zu erklären. Der Sachverhalt wird im kantonalen Kulturgesetz geregelt. Das Parlament muss beim Vorliegen dieses Geschäftes entsprechend reagieren. Mit den planungsrechtlichen Instrumenten werden automatisch keine Millionenbeträge ausgelöst. Es gibt keinen Richtplan, welcher die Gemeinde zu Investitionen verpflichten kann. Wenn es um finanzrelevante Beträge geht, kann das fakultative Referendum ergriffen werden. Diese demokratischen Rechte sind nicht neu und werden niemandem entzogen.

**Ratspräsident:** Über das Postulat hat das Parlament abzustimmen. Ich zitiere nochmals den ergänzten Wortlaut:

*Der Gemeinderat wird beauftragt, im VRB und der Regionalkonferenz den Antrag zu stellen, dass dort Entscheidungsfristen so gesetzt werden müssen, dass genügend Zeit für seriöse Meinungsbildung und vor allem für Rücksprache mit den zuständigen Gremien (Kommissionen, Räte, etc.) zur Verfügung steht.*

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Januar 2009

---

Der GGR fasst mit 15 zu 11 Stimmen den folgenden

**B e s c h l u s s :**

Das Postulat der SVP-Fraktion betreffend Entscheidungsfristen im VRB wird begründet, im Wortlaut abgeändert, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

8	10.374	Interpellationen
	10.1806	Information Bürgerschaft (diverse Publikationen, Bekanntmachungen)
	10.2340	Internet / früher 10.1115*

## **Interpellation der EVP-Fraktion betreffend Informationen auf der Webseite der Gemeinde Ostermundigen; Begründung und Beantwortung**

### **Wortlaut**

*Bei der Benützung des Web-Auftrittes der Gemeinde stellen wir immer wieder Informationsmängel fest. Der Auftritt erscheint zwar in neuem Kleid, das ansprechend gestaltet ist. Dies nützt einem jedoch wenig, wenn die Informationen, die man sucht, nicht vorhanden sind. Hier nur einige Beispiele auf die wir gestossen sind:*

#### *Abstimmungen und Wahlen*

*Es gibt unter dem Überbegriff „Politik“ eine Rubrik „Abstimmungsdaten“, in welcher aber nur gerade das Datum der Abstimmungen erscheint.*

*Vorschlag: Umbenennen in 2 Rubriken „Abstimmungen“ und „Wahlen“. Sobald bekannt ist, wann welche Abstimmungen oder Wahlen bevorstehen, sollten diese wörtlich aufgeführt werden (wichtig für Parteien vor allem bei Gemeindewahlen). Siehe auch Gemeinde Zollikofen unter Politik → Abstimmungen → Wahlen.*

#### *Zahlen über die Grösse und Zusammensetzung der Bevölkerung*

*Es gibt keine Angaben über die Bevölkerungsstruktur. Auch die Einwohnerzahl von Ostermundigen muss man sich mühsam aus der Rubrik „Geschichte“ herausarbeiten. Zudem stimmt die Zahl von 15'615 Einwohnern wohl kaum mehr. Da sie in einem Textzusammenhang steht, wird sie wahrscheinlich auch nicht angepasst.*

*Vorschlag:*

*Rubrik „Bevölkerungsstatistik“ einführen (siehe Zollikofen unter „Verwaltung“ → Dienstleistungen).*

#### *Veranstaltungen im Tell-Saal*

*Es gibt zwar eine schöne Seite unter „Leben und Arbeit“ über den Tell. Aber unter der Rubrik „Tells Veranstaltungen“ ist meist nichts zu finden. Da der Saal ja von den Veranstaltern gemietet wird, weiss die Gemeinde, was dort stattfindet, also sollte sie die Werbung per Internet nützen. Es gibt immer wieder sehr bedeutende Konzerte, wie dasjenige von Joe Bonamassa vom 14. November 2008, einer der besten Bluesgitarren der Welt. Auf seiner Welttournee war im Tell Ostermundigen sein einziges Schweizer Konzert! Das einzige Schweizer Konzert (ev. sogar von Europa) von Ken Hensley, einer weiteren weltbekannten Rockgrösse, fand ebenfalls im Tell-Saal statt. Die Veranstaltergruppe „Only Rock'n Roll“ hat den Tell als „Rock'n Roll Hall of Fun“ gemietet, wo regelmässig bedeutende Konzerte stattfinden.*

#### *News*

*Der GGR bekam zwar ein Mail als Einladung „Zum Tag der offenen Tür“ beim renovierten Rütischulhaus. Unter den News auf der Homepage war jedoch nichts zu fin-*

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Januar 2009

---

*den. Ausstellung „Hang Up“ der Fachhochschule Burgdorf: Der Eintrag wurde vor Ende der Ausstellung bereits entfernt, obwohl sich Leute noch über die Öffnungszeiten erkundigen wollten.*

 **Mitwirkungen**

*Die Unterlagen bei Mitwirkungen werden meist vor Ablauf der Eingabefrist herausgenommen. Zudem sollten die Ergebnisse von Mitwirkungen auf der Homepage ersichtlich sein. Wenn die Bevölkerung schon eingeladen wird, mitzudenken, dann sollten auch die Ergebnisse einzusehen sein (vielleicht könnte man nur die Parteien aufführen und bei Privatpersonen die Namen weglassen).*

 **Integrationsprojekt ZiO**

*Obwohl dieses Projekt immer wieder erwähnt und als Pilotprojekt dargestellt wird, welches auch im Wahlkampf von den Parteien oft erwähnt wurde, ist im Webauftritt der Gemeinde nichts darüber zu erfahren.*

*Die Mängelliste wäre noch beliebig fortzusetzen. Auch aus der Bevölkerung sind uns immer wieder negative Äusserungen betreffend fehlender Informationen zu Ohren gekommen.*

## **Fragen**

*Was unternimmt der Gemeinderat*

- a) um die Informationen im Webauftritt der Gemeinde auf die Kundenbedürfnisse hin zu prüfen, auszurichten und auszubauen sowie*
- b) zu gewährleisten, dass diese immer auf dem neusten Stand sind?*

**Renate Bolliger (EVP):** Rahel Wagner hat die Interpellation bereits ausführlich beschrieben. Die EVP-Fraktion ist mit der Führung der Gemeindehomepage nicht zufrieden. Die Neugestaltung der Webseite gefällt uns auch. Ich möchte noch das neueste Beispiel erwähnen. Es sind nach wie vor die „alten“ GGR- und GR-Mitglieder der Legislaturperiode 2005 - 2008 aufgeführt. Heute ist der 23. Januar und ich erwarte, dass solche Änderungen in zwei bis drei Arbeitstagen aktualisiert werden. Es ist wichtig, dass die Webseiten „à jour“ gehalten werden. Positive Angelegenheiten (z. B. das Projekt ZIO) dürfen auch erwähnt werden. Ausführungen zu diesem Projekt sind nicht einsehbar. Ein schlechter Webauftritt stellt schlechte Werbung für die Gemeinde Ostermundigen dar. Wir hoffen auf eine vielversprechende Antwort seitens Gemeinderat. Wir werden auch in Zukunft stets Einblick auf die Webseiten von [www.ostermundigen.ch](http://www.ostermundigen.ch) nehmen.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Vorab möchte der Gemeinderat der EVP-Fraktion für das aufmerksame Interesse an unserer Website danken. Zu den einzelnen in der Interpellation aufgeführten Mängeln:

 *Abstimmungen und Wahlen*

Die Rubrik wird überprüft.

 *Zahlen über die Grösse und Zusammensetzung der Bevölkerung*

Der Vorschlag wird zur Prüfung entgegen genommen.

 *Veranstaltungen im Tell-Saal*

Der Teil „Tell-Saal“ unter der Rubrik „Leben und Arbeiten“ ist noch relativ neu und hatte deshalb mit Kinderkrankheiten zu kämpfen. Selbstverständlich ist die Meinung, dass auf dieser Seite die Veranstaltungen im Tell-Saal veröffentlicht werden, was ab 2009 auch umgesetzt wird.

 *News*

Infolge eines Personalwechsels wurde die Schaltung der News nicht optimal gehandhabt. Richtig ist, dass die letzten fünf News auf der Hauptseite erscheinen. Alle News werden während eines Monats im Hintergrund sozusagen „schubladiert“ und sind unter dem Link „News“ abrufbar. Ab sofort wird dies wieder so gehandhabt.

 *Mitwirkung*

Bei Mitwirkungen ist es zur Gewohnheit geworden, dass zwei Termine festgelegt werden. Während einer gewissen Zeit können die Akten auf der Verwaltung eingesehen werden, und während dieser Zeit können sie auch von der Homepage heruntergeladen werden. Danach gewähren wir für das Einreichen der Stellungnahmen nochmals zwei bis drei Wochen Zeit; während dieser Zeit können die Akten weder auf der Verwaltung noch auf der Homepage eingesehen werden. Wir prüfen, ob wir diese Praxis ändern wollen und wie bei Einspracheverfahren für die Auflage der Akten und die Einreichung der Stellungnahmen die gleiche Frist festsetzen.

Die Veröffentlichung der Mitwirkungsberichte im Internet wird ebenfalls geprüft.

 *Integrationsprojekt ZIO*

Es trifft zu, dass dieses Projekt nirgends im Internet zu finden ist. Es wird in die Website aufgenommen.

Zu den einzelnen Fragen:

 *Generell*

Die in der Interpellation als Beispiel angefügte Gemeinde Zollikofen verfügt über 20 Stellenprocente eigens für die zentrale Aktualisierung, Redaktion, Koordination und Kontrolle des Webauftrittes. Ostermundigen verfügt über keine zusätzlichen Ressourcen für diese Aufgaben. Um diesen Aufwand ohne zusätzliche personelle Ressourcen leisten zu können, müssen die Verwaltungsabteilungen für ihre Teilbereiche selbst die Verantwortung übernehmen.

 *Zu Frage 1*

Der Gemeinderat will seine Praxis kurzfristig nicht ändern, deshalb wird er die Abteilungen anhalten, der Aktualisierung ihrer Teilbereiche im Internet aufmerksame Beachtung zu schenken.

 *Zu Frage 2*

Eine Praxisänderung könnte sich allenfalls mit dem Projekt „Standortmarketing“ ergeben. Der Gemeinderat hat im Herbst 2008 eine Unternehmensbefragung durchgeführt. Die Rückmeldungen von rund 60 gezielt angeschriebenen Firmen liegen vor. Diese Angaben werden mit 12 Interviews ergänzt. Die Umfrage ist abgeschlossen - die daraus gewonnenen Erkenntnisse dienen als Grundlage für das Projekt „Standortmarketing“. Dieses Projekt ist zur Zeit in Bearbeitung. Wie und in welchem Umfang das Standortmarketing umgesetzt werden soll, ist noch offen. Falls eine zentrale Stelle mit dieser Aufgabe betreut werden sollte, könnte es Sinn machen, die gleiche zentrale Stelle mit der Betreuung der Homepage zu beauftragen.

Der Gemeinderat wird den Grossen Gemeinderat über die Ergebnisse des Projekts „Standortmarketing“ informieren.

**Renate Bolliger (EVP):** Mit der Beantwortung bin ich momentan zufrieden.

## **Behörden- und Verwaltungsreform (Behörden- und Verwaltungsreform): Teilprojekt 1 „Politik“; Orientierung über den Stand des Geschäftes**

**Gemeinderätin Regula Unteregger (SP/Vorsitzende n.p.K.):** Der GGR hat am 22. Mai 2008 einen Projektauftrag, einen Zeitplan sowie eine Projektorganisation verabschiedet. Ich werde versuchen, meine Ausführungen so zu gestalten, dass auch neue Parlamentsmitglieder dem Geschäft folgen können.

Die Gemeinde Ostermundigen soll so „reformiert“ werden, dass die bestmögliche Führung gewährleistet werden kann. Dazu ist eine Überprüfung auf der politischen Ebene und der Verwaltungsebene notwendig. Es müssen politische und organisatorische Fragen geklärt werden. Die Projektorganisation ist sehr breit abgestützt und besteht aus einer 15 Mitglieder umfassenden parlamentarischen Spezialkommission (SpeKo). Die SpeKo wurde in drei Teilprojekte und die Projektführung unterteilt. Als externer Berater und fachliche Abstützung wurde Herr Ulrich Seewer, service public ag, verpflichtet.

Den Parlamentsmitgliedern wird das Dokument „Behörden- und Verwaltungsreform; Information zum Projektstand“ abgegeben. Auf der Seite „Projektziele“ werden das Teilprojekt 1 „politische Organisation“ und das Teilprojekt 2 „Verwaltungsorganisation“ definiert. Als Grundlage dient ein überparteiliches Postulat, welches der GGR am 3. Juli 2003 erheblich erklärt hat.

### Projektziele

TP 1: politische Organisation	TP 2: Verwaltungsorganisation
<ul style="list-style-type: none"><li>• GR-Grösse festlegen</li><li>• GGR-/GR-Führungsinstrumente überprüfen</li><li>• Kommissionen festlegen</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Erfassung Arbeitsprozesse</li><li>• Erfassung Dienstleistungskatalog</li><li>• Überprüfung Organigramm</li></ul>

### TP 1 - Provisorisches Zwischenfazit

Als provisorisches Zwischenfazit konnte festgestellt werden, dass ein Kreislauf zwischen Zielsetzungen, Ressourcenzuweisungen und Zielüberprüfung entsteht.

### *Zielsetzung*

Der GGR soll festlegen, mit welchen Instrumenten inskünftig gearbeitet werden soll. Der GGR gibt die Ziele gestützt auf Produktgruppen resp. -katalog und -ziele bekannt.

### *Ressourcenzuweisung*

Gleichzeitig findet die Ressourcenzuweisung statt. Was dürfen die Arbeiten bzw. der Aufwand kosten. Diese Angaben werden im Finanzplan oder in wirkungsorientierten Steuerungsmodellen festgehalten.

### *Zielüberprüfung*

Der Gemeinderat erhält die Aufträge. In der SpeKo wurde ein Vorentscheid für sieben GR-Mitglieder gefällt. Er führt die Aufträge nach der Zielsetzung durch den GGR aus. Anschliessend wird im Zusammenhang mit der Gemeinderechnung und dem Verwaltungsbericht zuhanden Parlament ausführlich über die Zielüberprüfung Bericht erstattet.

Neu ist die Idee, dass nicht nur die finanziellen Mittel gesprochen werden, sondern auch Ziele gesetzt werden. Am Schluss werden die Unterlagen abgegeben, damit die Zielerreichung überprüft werden kann. Wichtig ist bei diesem Schritt, dass ein Vorentscheid zugunsten sieben GR-Mitglieder gefällt worden ist und die „Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV)“ als Arbeitsinstrument eingesetzt werden soll.

#### TP 2 - Provisorisches Zwischenfazit

Hier liegen noch keine konkreten Ergebnisse vor. Bereits wurden die Arbeitsprozesse erfasst, ein Dienstleistungskatalog ist erstellt worden und die Überprüfung des Organigramms konnte vorgenommen werden. Die weiteren Schritte werden zurzeit im Gemeinderat und in der Abteilungsleiterkonferenz diskutiert.

#### Weiteres Vorgehen

Bis jetzt wurde in Teilprojekten gearbeitet. Es geht nun primär darum, die Vorentscheide zusammen zu führen und aus den einzelnen Puzzleteile ein Gesamtbild zu erstellen. Der Terminplan sieht vor, dass die Verknüpfung im Februar 2009 an die Hand genommen wird. Je nach Diskussionsumfang zwischen den TP 1 und TP 2-Teams wird voraussichtlich im Mai oder Juli 2009 ein erster Grundsatzantrag (ein gemeinsamer Antrag seitens Spezialkommission und Gemeinderat) dem Parlament vorgestellt.

Dies ist der Stand von heute. Entscheide sind momentan keine zu fällen. Wir sind bemüht, eine politisch tragbare und sinnvolle Lösung mit guten Führungsstrukturen zu erarbeiten.

10 10.442 Liegenschafts- und Landbeschaffung (Erwerb von Miete/Pacht)  
30.410 Verwaltungszentrum

## **Verwaltungszentrum: Ergebnis des Architekturwettbewerbs - Orientierung des Gemeinderates**

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Am letzten Dienstag konnten Sie in den Zeitungen lesen, dass das Projekt „aux terrasses“ den Architekturwettbewerb für die Überbauung „Sommerrain“ in der Küntigrube gewonnen hat. Der Wettbewerb wurde ohne finanziellen Aufwand seitens der Gemeinde durchgeführt.

Der Gemeinderat hat bei verschiedenen Gelegenheiten darüber informiert, dass er beabsichtigt, in dieser Überbauung das neue Verwaltungszentrum unter zu bringen. Die Überbauung umfasst zusätzlich ca. 180 Wohnungen. Die Pläne und die Modelle der Wettbewerbsprojekte sind bis am 6. Februar 2009 im Alpenrösli, Schiessplatzweg 1, ausgestellt. Ich lade Sie herzlich ein, die Projekte während den Büroöffnungszeiten zu besichtigen.

Die nächsten Schritte sehen wie folgt aus:

- Zunächst überprüft die Verwaltung die vorliegenden Grundrisse bezüglich Raumbedarf und verwaltungsinterne Arbeitsabläufe.
- Gestützt auf die bei der Überprüfung gewonnenen Erkenntnisse wird das Projekt bereinigt.
- Danach wird der Gemeinderat mit der Firma Marazzi AG die Eckwerte des Mietvertrags definitiv aushandeln.

Für den Gemeinderat steht nach wie vor die Variante „Mieten“ im Vordergrund - selbstverständlich werden wir, wie besprochen, die Argumente pro und contra Vermieten resp. pro und contra Kaufen mit der Botschaft an den GGR darlegen.

- ① Aus heutiger Sicht gehen wir davon aus, dass der GGR das Geschäft am 2. Juli behandeln kann. Die Volksabstimmung wird am 27. September 2009 stattfinden.
- ① Realisierungszeit: Wenn alles rund läuft, sollte das neue Verwaltungszentrum im Jahre 2011 bezugsbereit sein.

11 10.372 Motionen  
10.2262 Richtplanung "ESP Bahnhof Ostermundigen"

## **Motion der FDP-Fraktion betreffend ESP Bahnhof Ostermundigen, bearbeiten der Entwicklungsblockaden; parlamentarischer Neueingang**

### ***Wortlaut***

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. Die Blockaden, die den Planungsfortschritt im ESP Bahnhof Ostermundigen hindern, einzeln aufzulisten.
2. Für jeden Hinderungsgrund Massnahmen zum Abbauen des Blockadenpotentials aufzuzeigen.
3. Dem GGR zwei Sitzungen vor dem Vorlegen eines Tramprojekts, spätestens aber innert 2 Jahren, die Resultate in einem Bericht vorzulegen.

### ***Begründung***

Das Tramprojekt „Ersatz Buslinie 10“ befindet sich aktuell in der Planung mit geplantem Realisierungsstart 2014. Damit muss der Kreuzungspunkt Tram/Bahnlinie beim Bahnhof Ostermundigen neu gestaltet werden. In diesem Zusammenhang macht es Sinn, die Planung des ESP Bahnhofs Ostermundigen zu überprüfen.

Das Potential z. B. für eine Planung mit folgenden Merkmalen soll parallel zum Tramprojekt zur Nutzung eingeplant werden:

- Verkehrsknoten Bern-Ost mit attraktiver Umsteigemöglichkeit Bahn/Bus, Busbahnhof als Ausgangspunkt zum Erreichen vieler attraktiver Punkte der Stadt Bern ohne Umsteigen.
- Ökologisch optimiertes Zentrum mit:
  1. Besucherintensiven Gemeindefunktionen
  2. Attraktiven Einkaufsmöglichkeiten
  3. Gut erschlossenen Büro/Laborarbeitsplätzen für Firmensitze
  4. Attraktivem, gut erschlossenem Wohnraum (z. B. in Stockwerken 5 - 20)

Die Erreichbarkeit des Perrons 2 ohne Treppen ist bereits in zwei Vorstössen des Parlaments verlangt worden. Diese Forderung bleibt nach wie vor klar bestehen und soll dringend und sinnvoll im richtigen Rahmen umgesetzt werden.

Mit diesem Auftrag können folgende Nachteile effektiv und ohne Verzögerung bearbeitet werden:

- Die Landeigentümerin SBB hat aktuell kein Interesse, das Bahnhofareal konkret zu modernisieren. Betreiberin des Bahnhofs ist die BLS.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 22. Januar 2009

---

- Das grosse Potential des ESP Bahnhofs Ostermundigen für die Gemeindeentwicklung liegt brach.
- Statt eines urbanen, einwohnerfreundlichen Gemeindezentrums müssen wir mit einem Konglomerat aus wesensfremder Industrie, unübersichtlichem Verkehr ohne Konzept, nicht attraktivem Wohnraum usw. leben.

Eingereicht am 22. Januar 2009

sig: H. Gfeller      M. Werner      M. Rettore      P. Wegmann

**NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES**

*Der Präsident:*

*Der Ratssekretär:*

Bruno Schröter

Jürg Kumli

*Der Stimmzähler:*

*Der Stimmzähler:*

Roland Rüfli

Roger Schär